

Israel im Konfliktjahr 1996 –
zarte Pflänzchen der Annäherung im
Klima politischen Wandels

Israel vom 8. 10. bis 17. 11. 1996
betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung

Inhalt

Zur Person	252
Vorwort	252
1996 – ein Jahr der Rückschläge für die Friedenswilligen im Nahen Osten / Von Terrorakten, Militäraktionen und einem Wahlausgang	253
Neve Shalom/Wahat-al Salam – die „Oase des Friedens“ in einem Land der Feindseligkeiten	256
Der Traum des Dominikanermönchs Father Bruno Hussar und das Konzept der „Entfeindung“	256
Anwar Daoud und der Tag des Gedenkens an Jitzhak Rabin	261
Im Kindergarten	262
Erfolgsstory oder Ausverkauf alter Ideale? Ein Fazit.	263
Besuch im abgeriegelten Gazastreifen: Anke Abu-Sitta, Deutsch-Palästinenserin und Gründerin des „Deutschen Kulturzentrums Gaza“, im Spannungsfeld der Kulturen	264
Gespräch mit Mazen Shaggura, Leiter des Democratic Development Unit des Palästinensischen Menschenrechtszentrum, Gaza-Stadt: Die andere Seite der Medaille	268
„Wir werden regiert von machtbesessenen Ignoranten“ – Angelika Schrobsdorff, deutsch-jüdische Schriftstellerin, sieht die Zukunft Israels in tiefem Schwarz	271
„Auch dieses Mal werden wir mit einem blauen Auge davonkommen“ – Teddy Kollek, Ex-Bürgermeister Jerusalems mahnt zur Zuversicht	274
Uri Avnery: „Netanjahu will keinen Frieden“	276
Am Rabin-Mahnmal	280
Alltag '96 in Israel – ein Ausblick	281
Nachwort	283
	251



Heike Krüger, Jahrgang 1963, Studium der Anglistik, Literaturwissenschaften und Geschichtswissenschaften an den Universitäten Bielefeld und Lancaster/England. Während des Studiums freie Mitarbeit beim Westfalen Blatt/Bielefeld. Praktika bei der 'ran (Politisches Jugendmagazin des DGB) in Düsseldorf und der Oberhessischen Volkszeitung. Magisterabschluß im April 1990. Halbjährige Hospitantz beim Westfalen Blatt/Redaktion Gütersloh. 1991-93 Volontariat bei der Neuen Westfälischen (NW) in Bielefeld. Anschließend Redakteurin in der NW-Redaktion Minden. Seit 1994 Redakteurin in der Lokalredaktion Bielefeld-Sennestadt.

Vorwort

Die Swiss-Air-Maschine Zürich-Tel Aviv ist voll besetzt. Vor allem mit Jüdinnen und Juden der Holocaust-Generation. Viele von ihnen kamen aus den USA, für einen Kurztrip via Zürich, einen Besuch bei Verwandten in Israel. Andere sind in Zürich oder in Israel zu Hause. Sie und die Pilger, sagt man mir später, reisen immer. Komme, was da wolle. Auch wenn andere ihre Flüge ins „Heilige Land“ stornieren, wie in diesem Herbst der eskalierenden Gewalt wegen. Sie nutzen, wenn sie nicht gerade Direktflüge wählen, die Routen über andere Länder Europas. Starts von deutschem Boden meiden viele wie der Teufel das Weihwasser.

Es ist meine erste Begegnung mit den sogenannten „Holocaust-Überlebenden“, und es werden weitere folgen: Der alte Mann am Strand von Netanja wird mir im Gedächtnis bleiben und das gebrechliche Ehepaar aus Queens, das mich in ein angeregtes Gespräch über New York, seine Museen, die Schönheiten des Central Parks verwickelt. Ihre Neugier auf Deutschland ist ebenso groß wie unbegreiflich. Und dann kramte der alte Herr noch ein paar Brocken Deutsch hervor. Das alles, ohne mir zu erklären, woher diese sprachliche Verbindung zu meiner Heimat rührt. Erst der Hemdsärmel, der ihm beim Herüberreichen des Salzstreuers hochrutscht und den Blick auf die eintätowierte KZ-Nummer freigibt, „verrät“ ihn. Die Überraschung schlägt mir einen Moment lang die Sprache. Die Beschämung kommt direkt hinterher. Mit keinem Wort, keiner Geste hat er mich in dem langen vorausgegangenen Gespräch spüren lassen, daß auch er und seine Frau unter den NS-Schergen gelitten hatten.

Die alten Menschen im Flieger – die Männer trugen schwarz-seidene Kipas, die sie als ziemlich religiös auswiesen, die Frauen Perücken oder zumindest Haarnetze – sie redeten lebhaft durcheinander. Ihre Vorfreude

auf das Land, das ihnen eine konkrete oder doch mindestens spirituelle Heimat ist, war zu spüren. Die Begegnung mit den Holocaust-Überlebenden stand am Anfang meiner Reise, und diese Begegnungen zogen sich wie zufällig durch die sechs Wochen meines Aufenthalts in Israel. Die Konfrontation mit den letzten lebenden Zeitzeugen, den Opfern einer Epoche, haben mein zuvor fest gefügtes Israelbild erschüttert. Deshalb erwähne ich sie hier. Ich begriff, daß ich als Deutsche die Realität Israels nicht betrachten und schon gar nicht beurteilen kann, ohne die historische Erfahrung dieser Menschen mit einzubeziehen. Das Land mit seinen immensen Widersprüchen, seinen Ungerechtigkeiten und fundamentalistischen Borniertheiten in den verschiedenen politischen Lagern, auf der jüdischen und der arabischen/palästinensischen Seite, ist nicht zu fassen, ohne die existentielle Bedeutung zu begreifen, die dieser kleine Fleck Erde zwischen Libanon, Syrien, Jordanien, Ägypten und dem Mittelmeer für die Bedrohten und Opfer der NS-Zeit innehat.

Wann immer ich in den folgenden Wochen die Rigidität der israelischen Regierung kritisierte, mich über arrogante, naßforsche Machos unter den bis an die Zähne bewaffneten Militärs ärgerte oder die desolote Lage der Menschen im seit Monaten abgeriegelten Gaza-Streifen beklagte – die Bilder der zumeist leisen, grauhaarigen Menschen mit der Nummern- und Buchstabenfolge am Unterarm war nicht mehr davon zu abstrahieren. Eine Reise durch Israel, das war meine wichtigste Erkenntnis, ist für eine(n) Deutsche(n) immer auch eine Reise in die eigene Geschichte, die Vergangenheit des eigenen Volkes. Sie ist manchmal schmerzhaft, doch bei Licht betrachtet läßt sie die Bedingungen, unter denen der junge Staat Israel auf fremdem Boden 1948 unter Duldung der internationalen Völkergemeinschaft überhaupt gegründet bzw. 1949 in die Vereinten Nationen aufgenommen werden konnte, transparenter werden. Angesichts der Shoah, des Holocaust, verschloß die Welt die Augen vor dem heraufziehenden Unrecht gegenüber dem arabischen Volk. Eine Folge des kollektiven schlechten Gewissens, nicht nur der jungen Bundesrepublik Deutschland.

Dies soll kein Freibrief sein. Die „Shoah“ wurde und wird noch heute häufig als solcher mißbraucht. Höchstens mein persönlicher Versuch eines psychologischen Erklärungsmodells.

1996 – ein Jahr der Rückschläge für die Friedenswilligen im Nahen Osten / Von Terrorakten, Militäraktionen und einem Wahlausgang

„Friedens-Prozeß“ – der magische Begriff, der vor fast vier Jahren für die Entwicklungen in Israel geprägt wurde, nach der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen und dem historischen Shake-Hands von Premierminister Jitzhak Rabin und Palästinenserführer Jassir Arafat vor dem Washingtoner Weißen Haus, dem Abschluß des israelisch-jordanischen Friedensvertrages

1994, dem allmählichen Übergang des Gaza-Streifens in palästinensische Autonomie nach der Rückkehr Arafats aus dem Exil. Friedens-Prozeß – dieses Schlagwort wurde im Oktober/November 1996 von Vertretern der verschiedensten Lager, die ich traf, mit Skepsis versehen oder gar mit Hohn bedacht. Natürlich immer mit den unterschiedlichen, jeweils interessegebundenen Schlußfolgerungen: Was denn das für ein Friedensprozeß sei, fragte mich Mazen Shaggura vom „Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte“ in Gaza-Stadt. Man könne doch nicht von Frieden reden, „während wieder palästinensische Polizisten am Eretz-Checkpoint zwischen Israel und Gaza-Stadt von israelischen Soldaten erschossen werden, während wildgewordene jüdische Siedler einen steinwerfenden arabischen Jungen zu Tode hetzen, während krebskranke Palästinenser ihre Chemotherapie in Israel nicht fortsetzen können, weil der Streifen wieder einmal total abgeriegelt ist“.

„Von welchem Friedensprozeß reden Sie?“ wollte der jüdische Siedler wissen und verwies auf die Selbstmord-Attentate fanatischer Hamas-Aktivisten auf Busse in Jerusalem und Tel Aviv im Frühjahr '96. Ein Friedensprozeß beruhe auf Gegenseitigkeit und hänge vom erklärten Friedenswillen der legitimierten Regierung ab, erklärte mir die deutsch-jüdische Schriftstellerin Angelika Schrobsdorff. Likud-Premier Benjamin Netanjahu, im Mai 1996 in einem spektakulär knappen Wahlausgang an die Macht katapultiert, lasse jede Konsensbereitschaft gegenüber der arabischen Seite vermissen.

Und der Publizist und ehemalige Knesset-Abgeordnete sowie prominente „Peace Now“-Aktivist, der ebenfalls deutschstämmige Jude Uri Avnery, formulierte es noch drastischer: „Der Mann (Netanjahu) will keinen Frieden. Der will seinen Traum von einem national-religiösen Groß-Israel umsetzen. Mit den Palästinensern als billige Arbeitskräfte oder besser noch, aus dem Land, nach Jordanien oder sonstwohin, vertrieben.“

Die bunte Mischung dieser Aussagen zeigt eines: Spätestens seit Spätherbst 1996 ist der Weg in einen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern, der Traum von einer friedlichen Koexistenz zwischen Juden und Arabern in akuter Gefahr. Die Stimmung im Lande war entsprechend. Überall wurde die politische Zukunft, die täglichen kleinen Rückschläge, die Sicherheitsfrage diskutiert. Und während sich die meisten Menschen, in guter israelischer Tradition überall die Köpfe heiß redeten, setzte sich Premierminister Benjamin Netanjahu in atemberaubender Arroganz über eine Vereinbarung des Oslo-Vertrages nach der anderen hinweg. Die Argumente hierfür lieferten ihm seine ultra-religiösen Koalitionspartner in der Knesset und jeder Ansatz von Gewalt zwischen Juden und Palästinensern.

Das Jahr 1996: ein „Annus horribilis“, ein grauenhaftes Jahr, um mit den Worten der britischen Queen zu sprechen. Doch im Gegensatz zu ihrer Bezugnahme auf ihre ungezogenen Söhne und Schwiegertöchter geht es im Nahen Osten ums Ganze, die Existenz des Landes als Demokratie und die Existenz einer souveränen palästinensischen Identität.

Den Auftakt der folgenschweren Ereignisse bildete sicherlich die Ermordung des von der weltlich-liberaldemokratischen Arbeitspartei gestellten Premierministers Jitzhak Rabin am 4. November 1995. Zwar hatte Rabin, von Haus aus überzeugter Zionist und hochrangiger Militär (dekoriert in sämtlichen „Verteidigungskriegen“ und dem Sechs-Tage-Krieg 1967, bei dem Israel die syrischen Golanhöhen, den Sinai und das Westjordanland mit Ost-Jerusalem erobert), sich erst spät zum Frieden mit den Palästinensern auf der Grundlage „Land gegen Frieden“ durchringen können. Dennoch war er zum Synonym für eine vorsichtige Annäherung an den einstigen Feind geworden, bevor er während der Friedensdemonstration auf dem Tel Aviver Rathausplatz von dem religiös-fanatischen Studenten Jigal Amir erschossen wurde. Ein Aufschrei des Entsetzens ging schon damals durch das Land, hatte der feige Mord doch der vermeintlich solidarischen jüdischen Gesellschaft ihre tiefe Zerrissenheit und innere Verwundbarkeit offenbart.

Im Februar und März 1996 folgten Attentate auf vollbesetzte Linienbusse am zentralen Jerusalemer Busbahnhof und in der Dizengoff Straße, einer von Tel Avivs belebtesten Einkaufsmeilen. Insgesamt 60 Zivilisten starben, als Hamas-Terroristen sich mit Sprengstoff am Leib unter die Fahrgäste mischten und sich dann in die Luft jagten. Im April folgten Zusammenstöße zwischen libanesischer Hizbollah und israelischen Soldaten in der sogenannten israelischen Sicherheitszone (ein von Israel annektierter Landstreifen) im Süd-Libanon. Israel bombardierte den Süden Libanons nach libanesischen Angriffen auf Galiläa – und traf ein UN-Flüchtlingslager in der Nähe des Dorfes Kana. Mehr als 100 Tote, zumeist Alte, Frauen und Kinder. Hamas und Hizbollah drohen mit Vergeltung. Die Angst der jüdischen Bevölkerung Israels vor wachsendem Terror wurde geschürt – ihr Bedürfnis nach Sicherheit ließ schließlich den konservativen, in den USA geschulten, „Bibi“ Netanjahu an Profil, schließlich die Wahl gewinnen. Und der neue Premier verlor keine Zeit, umzusetzen, wofür er im Wahlkampf angetreten war: Die Weigerung, wichtige Punkte des unterzeichneten Oslo-Abkommens umzusetzen, das totale „Nein“ zu einem souveränen palästinensischen Staat. Statt dessen forciert er bis heute den Ausbau neuer jüdischer Siedlungen, auch in palästinensischen Autonomiegebieten und an anderen arabisch besiedelten Orten Israels.

Ein Treffen zwischen dem neu gewählten Premierminister und dem ebenfalls inzwischen legitimierten Präsidenten des palästinensischen Rates, Jassir Arafat, kommt erst nach Monaten zustande.

Die Öffnung des hasmonischen Tunnels unterhalb des arabischen Tempelberges in Jerusalem brachte Ende September 1996, wenige Tage vor meiner Abreise nach Israel, das Faß zum überlaufen. Es folgten die blutigsten Zusammenstöße zwischen Juden und Palästinensern seit dem Oslo-Vertragsabschluß im September 1993. Sie forderten auf dem Tempelberg, am Eretz-Checkpoint vor Gaza-Stadt, in Ramallah im Westjordanland 16 jüdische und 39 palästinensische Todesopfer.

Neve Shalom/Wahat al-Salam – die „Oase des Friedens“ in einem Land der Feindseligkeiten

„We must learn to live together as brothers – or perish together as fools.“ Keine Gemeinschaft in Israel schien diesen Leitsatz Martin Luther Kings (1929–1968) mehr verinnerlicht zu haben als das jüdisch-arabische Dorfprojekt Neve Shalom/Wahat al-Salam, zu deutsch: Oase des Friedens. Was zunächst so salbungsvoll klingt, wollte ich innerhalb von zwei Wochen genauer unter die Lupe nehmen. Und ich denke, daß es mir gelungen ist, verschiedene Seiten der gleichen Medaille kennenzulernen. Über den judäischen Hügeln, auf halber Strecke zwischen Jerusalem und Tel Aviv liegt die Ansiedlung, die inzwischen rund 40 Familien ein Zuhause bietet. Arabische, jüdische und christliche Staatsbürger Israels leben dort oben, wohl gemerkt, keine Palästinenser, die nicht über die israelische Staatsbürgerschaft verfügen. Dies hätte die Sache sicherlich zusätzlich verkompliziert. Der Gründer der Dorfgemeinschaft, der Dominikanerpater Father Bruno Hussar, erwarb das Gelände vor mehr als 20 Jahren zur Pacht vom nahegelegenen Kloster Latrun. Er erfüllte sich damit einen Lebenstraum – nämlich den Wunsch, Menschen der drei großen monotheistischen Religionen des Landes, in deren Tradition er selbst aufgrund eines verschachtelten Lebenslaufes stand, für ein Zusammenleben zu gewinnen. Was mit einem Wohnmobil, ohne Wasser und Strom, mit einigen unerschütterlichen Idealisten in den 70er Jahren auf dem Hügel als zeitweiliges Camp begann, entwickelte sich bis heute zu einem Gemeinwesen, das vor allem im internationalen Ausland inzwischen hohes Ansehen genießt.

Das Dorf verfügt neben den Wohnhäusern, die sich jede Familie (ist sie erst einmal als Neubewohner akzeptiert) nach ihren Vorstellungen errichtet, über eine Krabbelstube (nursery), einen Kindergarten, eine Grundschule (Primary School) und die School for Peace, einer Weiterbildungseinrichtung für Schüler und Studierende aus allen Landesteilen und dem Ausland. Darüber hinaus gibt es ein Gästehaus mit entsprechenden Zusatzeinrichtungen. Nicht zu vergessen: die „Doumia“, den Ort der Stille – ein igluartiges Gebäude am Hang, das als Meditationszentrum für alle drei Religionen errichtet wurde.

Der Traum des Dominikanermönchs Father Bruno Hussar und das Konzept der „Entfeindung“

Die Schlagzeilen der letzten Wochen und Monate klingen noch nach, als ich zum ersten Mal den Hügel hinauffahre und mich in der Rezeption des Guesthouse-Komplexes und anschließend beim Secretary des Dorfes anmelde.

Auch die ersten neun Monate des Jahres 1996 in Israel waren gekennzeichnet von immer wieder aufkeimender Gewalt, vor allem zwischen

Juden und Palästinensern unterschiedlicher Prägung. Wie soll es da tatsächlich eine Enklave schaffen, jenseits der alltäglichen Feindseligkeiten so etwas wie friedliche Koexistenz vorzuleben? Bei meinem Besuch des Dorfes gewinne ich folgenden Eindruck: Im Schatten der Ereignisse, von Gewalt und Furcht vor neuer Gewalt, gedeihen mitunter besonders ambitionierte Projekte.

Seit 24 Jahren versuchen sich die jüdischen, arabischen und christlichen Bewohner der Dorfkoperative im täglichen friedlichen Miteinander, dem Austragen von Konflikten auf demokratischer Basis und dem Vermitteln ihrer eigenen Erfahrungen an die nachwachsende Generation. Alles, ohne dabei die eigene nationale Identität zu verleugnen. So liest sich das Credo der Koperative. Der Name des Dorfes wurde aus der Bibel entlehnt, aus Jesaja 32,18. Die arabische Übersetzung von Neve Shalom ist Wahat al-Salam. Rund 40 Familien leben inzwischen auf dem Hügel oberhalb des Klosters Latrun. 100 Hektar Land hatte Father Bruno Hussar, der im Februar 1996 mit 84 Jahren starb, von den Äbten des Klosters Latrun gepachtet. Nachdem die ersten existentiellen Fragen und Probleme wie Elektrifizierung, Wasserversorgung und weitere Erschließung des unwegsamen Geländes geklärt waren, bekamen die weltanschaulichen Aspekte eine weit wichtigere Dimension: Wie konnte man die Idee vom friedlichen Zusammenleben in Toleranz und Achtung an die Kinder des Dorfes und darüber hinaus an die Menschen des Landes Israel vermitteln?

Weltweit gründeten sich in den 80er Jahren Freundeskreise für Neve Shalom/Wahat al-Salam, die erhebliche Finanzmittel in den Aufbau eines pädagogischen Konzeptes mit den entsprechenden Einrichtungen (nursery, Kindergarten, Primary School, School for Peace) steckten. Die 1974 gegründete School for Peace erregte mein Interesse ganz besonders. Hier werden Seminare und Sommer-Workshops für gemischte arabisch-jüdische Schülergruppen und Studentengruppen veranstaltet. Ein speziell im Bereich „Konfliktpädagogik“ trainiertes Team (die Mitarbeiter verstehen sich nicht als Lehrer, sondern Moderatoren) vermittelt den Teilnehmern Einblicke in ihre eigenen psychologischen Prozesse beim Umgang mit dem „Fremden“, der Angst und den tief sitzenden Stereotypen von der jeweils anderen Seite. Jedes Kind in Israel wächst mit diesen Stereotypen auf. In Israel hat die eine Gruppe kaum Gelegenheit, die andere aus nächster Nähe kennenzulernen. Jüdische und arabische Kinder gehen auf getrennte Schulen und Universitäten, leben in verschiedenen Stadtteilen. Dabei verdeutlicht die Einflußnahme des jüdisch-israelischen Staates auf das arabische Bildungssystem recht klar, wer im Lande das Sagen hat: Zum Beispiel lernen jüdische Kinder in der Schule Englisch als erste Fremdsprache, während auf dem Lehrplan arabischer Schüler das Hebräische steht. Obgleich die größte Minderheit des Landes nicht Englisch, sondern Arabisch als Muttersprache spricht, ignorierten dies die Erziehungsminister des Landes von jeher mit schöner Regelmäßigkeit.

„So entstehen Mißtrauen und Angst. Menschen, die man nicht einschätzen kann, nicht kennt, traut man alles Furchterregende zu“, erklärte mir

Howard Shippin, gebürtiger Engländer und Christ, gleichzeitig derzeitiger Sprecher der Dorfgemeinschaft.

In der Grundschule unterrichten Anwar Daoud, arabischer Schulleiter, Boaz Kitain, jüdischer Lehrer und ehemaliger Dorf-Secretary und die anderen Pädagogen die Kinder zweisprachig, auf Hebräisch und Arabisch. Gleichzeitig werden ihnen die jeweiligen Traditionen, Feste und Feiertage der beiden Völker vermittelt, ihre Bedeutung und wie sie begangen werden. Mit dieser Form der Erziehung will das pädagogische Konzept Neve Shaloms als Modell dienen für Städte mit jüdischer und palästinensischer Population wie etwa Jaffa, Haifa, Akko, Ramle und andere. Und als Traumziel bleibt: Der Wille, Einfluß zu nehmen auf die Erziehung im ganzen Land, die bislang nur der weiteren Polarisierung der Gruppen dient. „Wenn wir heute bei den Kindern beginnen, können wir in einigen Jahren vielleicht echtem Verstehen und Toleranz ein Stück näherkommen. Dann, wenn sie in Politik und Gesellschaft das Heft in der Hand haben“, ist Howard Shippin überzeugt.

Inzwischen bieten die Mediatoren der School for Peace ihr „Konzept der Entfeindung“, eines akribisch ausgearbeiteten Unterrichtsprogramms, das zur allmählichen Loslösung von den alten Stereotypen, über die Schiene des persönlichen Kennenlernens des anderen, seiner Ängste und Hoffnungen, auch anderen Konfliktgruppen an. Protestanten und Katholiken aus Irland etwa, oder eine Gruppe von Kindern von Holocaust-Opfern und Kindern von Nazi-Funktionären trafen sich in Neve Shalom. Mit durchschlagendem Erfolg, wie mir allenthalben berichtet wurde. Aber wohl, ganz wie das eigentliche Ausgangsvorhaben, verglichen mit dem Übermaß an Unverstand, eher ein Tropfen auf dem heißen Stein. Immer wieder werden die Dorfbewohner, besonders diejenigen, die eine aktive Rolle in der Gemeinschaft übernehmen, mit dieser Vorhaltung konfrontiert. Und auch ich frage natürlich nach der Breitenwirkung des Projekts. „Ein Tropfen auf dem heißen Stein? Vielleicht. Aber wie heißt es so schön: Steter Tropfen höhlt den Stein“, gibt mir Howard Shippin zur Antwort.

Vorerst gilt der Prophet noch wenig im eigenen Land. Lange blieb Neve Shalom/Wahat al-Salam die Anerkennung ihres ambitionierten Projektes ausgerechnet durch das israelische Erziehungsministerium verwehrt. Der Leiter der Grundschule, Anwar Daoud: „Erst vor drei Jahren hat das Ministerium, damals noch in Händen der Arbeitspartei, unsere Schulen anerkannt. Lange waren sie einfach nicht bereit, sich mit unserer Existenz auch nur auseinanderzusetzen.“ Von seiten des Staates kommt in finanzieller Hinsicht kaum Unterstützung. Das macht die Dorfgemeinschaft abhängig von den Spenden der Freundeskreise und einzelner potenter Gönner aus dem Ausland. „Die alltäglichen Probleme im Land fressen die Menschen derart auf, daß sie eine Idee wie unsere als verstiegen und träumerisch abtun“, erzählen mir Boaz Kitain und Michal Zak, Pädagogin an der School for Peace.

Dabei lebt man in Neve Shalom/Wahat al-Salam keineswegs unter einer Glasglocke ständiger Glückseligkeit. Die Organisationsstrukturen sind mit

jedem Zuwachs an Bewohnern komplexer geworden. Heute ist das Dorf ein, wenn auch abseits des Trubels der Großstädte gelegenes, modern strukturiertes und verwaltetes Gemeinwesen. Die Wohnwagen sind festen Häusern gewichen, in der Rezeption des Guesthouse-Bereichs finden sich Bücher und Videos über das Dorf und sein pädagogisches Modell. Es gibt eine moderne Verwaltung mit Pressestelle. Es gibt die Doumia zur geistigen, ein Schwimmbad zur körperlichen Entspannung.

Und dann, nach etwa einer Woche, erfahre ich auch einen Teil der anderen Seite der Medaille. Dies war nur möglich über persönliche Kontakte, Sympathien, die im Laufe der Zeit jenseits meiner Rolle als deutsche Journalistin, die sich für ein Vorzeige-Dorf interessiert, gewachsen sind. Ich wurde eingeladen, zu offiziellen Anlässen, Workshops ebenso wie zu privaten Abendessen in den Häusern einiger Bewohner. Und dort erfuhr ich von den tiefen Brüchen und Zerwürfnissen, mit denen auch eine solche durchdachte Gemeinschaft bisweilen zu kämpfen hat. Vor wenigen Jahren spaltete sich ein Teil der Pioniere Neve Shaloms von der Gruppe von Bewohnern ab, die heute die wichtigsten Fäden in der Hand halten: Hintergrund war die damals getroffene Mehrheits-Entscheidung, die Zahl der Absolventen der School for Peace von 600 auf 1200 pro Jahr zu erhöhen. Das sei gut für die Reputation des Dorfes, ein Nachweis für die Effektivität des pädagogischen Programms. Und natürlich hervorragender Nachweis, daß Spenden effektiv angelegt seien, meinten die einen. Die Quantität gehe nur zu Lasten der Qualität, argumentierten die anderen. Denn: Die Vor- und Nachbereitung der Kurse in den Schulen und Uni-Seminaren mußte zusammengestrichen werden oder sogar wegfallen.

„Eine Unmöglichkeit“, erbost sich das arabische Paar Rayek und Deanna Rizek während eines gemeinsamen Abendessens in ihrem Haus. „Wer weiß, wie schwierig es ist, diese Jugendlichen an den Punkt zu bringen, wo sie die Stereotypen aufgeben, den anderen kennenlernen und vielleicht sogar Freundschaften schließen, kann nicht ernsthaft auf die Vorbereitungstreffen verzichten.“ Sie schafften eine Gesprächsgrundlage, die weitergehende Konfliktbewältigung erst möglich mache. „Das schaffst du nicht allein in dieser einen Seminar-Woche“, erklärt mir Rayek. Doch die Mehrheit war für die neue Marschrichtung. Rayek und andere, zumeist arabische Bewohner, resignierten und zogen sich aus pädagogischen Schlüsselpositionen zurück. Heute arbeitet Rayek im Hotel, seine Frau hat die Stelle in der School for Peace gegen die der Kunstlehrerin an der Grundschule eingetauscht. Mit der neuen Richtung wollen sie nichts zu tun haben.

Richtig hoch kochte der Streit aber um einen TV-Beitrag über das Dorf, und was viele als besonders schmerzhaft empfinden: Der Graben riß zwischen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung des Dorfes auf.

Ein britischer Sponsor plante, mit einem Filmteam in Israel und auch in Neve Shalom/Wahat al-Salam zu drehen. „Der Beitrag hatte einen völlig verklärenden Charakter. Nach dem Motto: Die Israelis bringen die Wüste zum Blühen. Mit wessen Wasser sie das tun, hat diese TV-Leute nicht im

geringsten interessiert“, schimpft ein anderer arabischer Bewohner. Während der TV-Beitrag die israelischen Bewässerungssysteme verherrlichte, müßten die Menschen in den überfüllten Flüchtlingslagern des Gaza-Streifens sich weiterhin von den Israelis das Wasser rationieren lassen, liege das karge arabische Dorf im Westjordanland weiterhin direkt neben der neuen jüdischen Siedlung, in der die blumenverliebten Israelis Geranienberge in den Vorgärten züchteten.

Dem Filmteam wurde abgesagt, wenngleich die Mehrzahl für den Beitrag war. „Immerhin setzte sich die Überzeugung durch, daß man eine solche Frage nicht nach Mehrheitsprinzipien entscheiden kann. Wenn eine Gruppe von Menschen verunglimpft wird, und das waren nun einmal wir Palästinenser, hat sich die Mehrheit gerade in einer Gemeinschaft mit unserem Anspruch dieser Auffassung zu beugen. Unsere Freunde und Verwandten, die nach England emigriert sind, hätten uns beim Anblick dieser Aufnahmen für komplett verrückt erklärt“, ist Rayek überzeugt.

Seine Verbitterung ist spürbar. Weil er und seine Frau neben anderen sich aus den „Management-Aufgaben“ zurückzogen, hielt man ihre Haltung für eine Boykott-Haltung. Sie seien sogar einmal aufgefordert worden, das Dorf unter diesen Umständen doch zu verlassen. „Daran denke ich überhaupt nicht. Ich habe mein Häuschen hier, meine Söhne bekommen hier die Ausbildung, die ich mir für sie wünsche. Und ich stehe ja nach wie vor hinter der Grundidee“, zeigt sich der Palästinenser pragmatisch. Der Streit habe ihnen gezeigt, daß „wir keine Übertäter und -mütter sind, die den Stein der Weisen in diesem Konflikt gefunden haben“. Im Gegenteil habe es ihnen nach der anfänglichen Euphorie und Selbst-Verliebtheit („Gott, was sind wir tolerant“) auf den Boden der Tatsachen zurückgeholt. Für alle ist es ein täglicher Kampf, eine Auseinandersetzung mit der jeweiligen Prägung. „Wir selbst müssen, jenseits des intellektuellen Wissens, lernen, nicht alles sofort durch die nationale Brille zu sehen“, ergänzt Deanna. Dennoch seien unbestritten in dieser noch unfertigen Gesellschaft „draußen“ genügend Anlässe vorhanden, wo auf nationale Betroffenheiten Rücksicht genommen werden muß.

„Ich will nicht, daß sich auch in unserer Gemeinschaft die Regeln der israelischen Gesellschaft reproduzieren, wo nämlich erst einmal der Jude das Sagen hat und sich der Araber entweder in sein Schicksal fügt oder mit Gewalt daraus ausbricht.“

Die Bewohner machen aller internen und externen Hürden zum Trotz weiter. Das Dorf wird sich auf 90 bis 100 Familien schon in wenigen Jahren erweitern. Baugruben zeugen von reger Tätigkeit. Geplant ist auch ein „Peace Campus“, als akademisches Äquivalent zur Grund- und zur Friedenschule. Dort sollen internationale Symposien, Kongresse und Podiumsdiskussionen durchgeführt werden. Der wissenschaftliche Aspekt des Konzeptes der „Entfeindung“ soll eine stärkere Würdigung erfahren und auf andere Bereiche der eigenen und ausländischer Gesellschaften übertragbar gemacht werden.

Anwar Daoud und der Tag des Gedenkens an Jitzhak Rabin

Einträchtig nebeneinander sitzen die fünf kleinen Mädchen auf der hölzernen Schulbank in der Aula der Primary School von Neve Shalom/Wahat al-Salam. Es ist mucksmäuschenstill. Drei jüdische und zwei arabische Mädchen halten die Kärtchen mit den kurzen Gedenktexten, die sie später vortragen sollen, in der Hand. Es ist der 4. November 1996, der erste Jahrestag der Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Jitzhak Rabins durch den orthodox-jüdischen Fanatiker Jigal Amir.

Vor der großen Versammlung aus Schülern (84 Schülerinnen und Schüler besuchen derzeit die Primary School) und Lehrern sprechen zuerst die Erwachsenen darüber, wie sie diesen Tag im November 1995 empfanden. Der jüdische Lehrer von seinem Schrecken, daß ein Jude zu „so etwas“ fähig war. Der arabische Schulleiter, Anwar Daoud, spricht von der dramatischen Trendwende in der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern und ihrem Präsidenten Jassir Arafat, für den sich dieser Mord rückblickend als trauriger Auftakt erwies. Er erklärt den Kindern auf Arabisch, in einfachen Worten, was am 4. November 1995 seiner Meinung nach passierte. Und er wählt dafür das Medium der Fabel: Anwar erzählt die selbstersonnene Geschichte einer Familie, in der alle blind waren. Plötzlich hatte einer der Söhne einen Unfall und konnte fortan immerhin den Wechsel des Lichts, den Unterschied zwischen Licht und Schatten, Schemen der Bäume und Gegenstände, die Kontraste der Farben sehen. „Da konnte einer der ihren plötzlich eine Welt erfassen, die allen anderen verborgen blieb“, erzählte Anwar. „Das machte den anderen Angst. Und sie guckten einen aus ihrer Mitte aus, der dem Sohn mit der Faust ins Gesicht schlug. Und alles um ihn herum wurde wieder finster.“ So ähnlich habe sich das auch mit Rabin verhalten. Rabin sei ja als ehemals hochdekorierter Militär-angehöriger lange kein Freund der Verständigung mit den Arabern und Palästinensern gewesen. Als er schließlich seine „Land für Frieden“-Politik begann, bekamen andere Angst um ihre Vorherrschaft. Deshalb habe man ihn beseitigt.

Natürlich war Anwar Daouds Darstellung eine vereinfachende. Trotzdem hat sie mich beeindruckt. Nicht zuletzt, weil er es geschafft hatte, seine eigenen Ressentiments gegenüber der Person Rabins nicht zu verbergen; gleichzeitig aber, den Schülern kindgerecht zu vermitteln, wie die komplizierten Konflikte innerhalb der israelischen Gesellschaft gelagert sind. Er lehrt sie, auch die arabischen Kinder, die späten Anstrengungen Rabins zu respektieren. Später erzählte er mir von seinem gespaltenen Verhältnis zu dieser inzwischen historischen Figur. Natürlich verband er als erwachsener Araber (mit Verwandten und Freunden im Gaza-Streifen) mit der Person des Ex-Premiers blutige Angriffskriege, seine unnachgiebige Haltung in den „Gebieten“ in den 70er und 80er Jahren. Und nicht zuletzt, den Befehl des Verteidigungsministers Jitzhak Rabin an seine Soldaten, während der Intifada (1987-1992), steinewerfenden Kindern und Jugendlichen systema-

tisch die Knochen zu brechen. „Es fällt mir schwer, die Gedenkstunde für Rabin heute zu leiten. Aber ich weiß auch, daß es notwendig ist, die eigenen Gefühle zu überwinden, damit diese junge Generation die Chance hat, ohne die alten Wunden, den alten Haß an die andere Seite heranzutreten“, meinte Anwar.

Die Kinder zünden Kerzen an vor dem Konterfei des Ex-Premiers, das an der Tafel prangt. Sie lesen ihre Gedenktex te, auf Arabisch und Hebärisch. Sie legen Blumen nieder vor dem Bild und singen gemeinsam das Friedenslied des israelischen Pop-Idols Aviv Geffen, dessen blutverschmierten Text man nach dem Attentat in Rabins Brusttasche fand. Sie sind unwahrscheinlich diszipliniert während der Schweigeminute und wirken im Vergleich zu vielen deutschen Kindern vor meinem geistigen Auge schon beinahe erwachsen.

Dieser Vormittag in Neve Shalom/Wahat al-Salam hat mich sehr beeindruckt. Er zeigte neben den Brüchen in der Prägung und Erfahrung der Menschen den Willen, genau das zu überwinden. An wenigen Orten des Landes, das war mein Gefühl, war in diesen Tagen der ernsthafte Versuch, Trennendes zu überwinden, so spürbar wie auf dem Hügel am Kloster Latrun.

Für die drei jüdischen und zwei arabischen Mädchen, die da nebeneinandersaßen und die Kinder in den Stuhlreihen und auf dem Boden, schien es völlig normal, daß sie hier gemeinsam in den beiden Sprachen des Landes Rabins gedachten. Ohne es zu wissen, symbolisierten sie das, wovon das Land als Ganzes noch meilenweit entfernt ist.

Im Kindergarten

Johlend und lachend stürmen etwa zwanzig kleine Mädchen und Jungen zur Tür hinein. Der letzte schlägt die buntbemalte Holztür des Kindergartens krachend zu. Weniger lautstark folgen die Leiterin der Einrichtung, Aishe Najjar, und ihre zwei Helferinnen. Heute stand eine Exkursion in die Hügellandschaft vor dem Dorf auf dem Plan. Mustafa erzählt noch ganz aufgeregt von dem Schäfer, den sie trafen, und seiner riesigen Schafherde. Die kleinen Rucksäcke hängen die Kinder nebeneinander an die Garderobe. Einer der arabischen Jungen schaut mich neugierig an, ein wenig schelmisch, während er ein großes neongrünes und mit Wasser gefülltes Plastikgewehr an den Garderobenhaken hängt. Ganz normal, denke ich, auch in diesem Land mit allen seinen gewalttätigen Auseinandersetzungen, noch dazu in der Oase des Friedens, spielen sie mit den gleichen martialischen Gerätschaften wie zuhause in Deutschland. „Wir zwingen den Kindern nicht die absolute Sanftmut auf, das hätte überhaupt keinen Sinn“, sagt Aishe Najjar, als sie meinen Blick bemerkt. Und ergänzt: „Zur Gewaltlosigkeit kommen sie später ganz von alleine. Wenn sie nämlich ihre jüdischen/arabischen Spielkameraden nicht als die Zombies erleben, sondern als Menschen mit ähnlichen Träumen, Zielen und auch Ängsten.“

Den Pädagogen im Kindergarten von Neve Shalom/Wahat al-Salam kommt es darauf an, den Kindern soviel Raum zur Entfaltung zu geben wie möglich, sie ihre nähere und weitere Umgebung erkunden zu lassen und ihnen dadurch ein Gefühl für ihre Umwelt zu geben. Das Konzept: Wenn jüdische und arabische Kinder diese ersten Schritte in einer scheinbar endlosen Welt gemeinsam machen, ist der jeweils andere aus dem Erfahrungshorizont des Kindes nicht mehr wegzudenken. Dann dürfte es schwierig sein, das tradierte Mißtrauen noch einmal aufzubauen.

Auf dem Regal stehen buntbeklebte Pappkästen. Jeder einzelne enthält Materialien und Attribute zur Vorbereitung eines jüdischen, christlichen oder arabischen Feiertages. Doch die Zeit der hohen Feiertage ist Ende Oktober erst einmal vorbei. Aishe Najjar fordert die lärmende Truppe auf, das Gesehene, den Schäfer mit seiner Herde, die Olivenhaine jetzt in Zeichnungen zu verewigen. Als sich die Steppkes daraufhin mit Papier und Wachsmalstiften versorgen, bricht der Krach erneut los. Gott sei Dank, denke ich, das sind keine Exoten. Das sind ganz normale Kinder.

Erfolgsstory oder Ausverkauf alter Ideale? Ein Fazit.

Die Bewohner von Neve Shalom/Wahat al-Salam stehen in einem problematischen Spannungsfeld. Einerseits müssen sie sich im täglichen Zusammenleben und Arbeiten üben. Außerdem stehen sie wie viele ideologisch motivierten Projekte, die auf einer privaten Initiative beruhen, vor dem Problem, profitabel arbeiten zu müssen. Sie müssen den Nachweis erbringen, daß ihre Arbeit etwas „bringt“, daß es sich für Sponsoren lohnt, Geld in sie zu investieren. Dabei treten die unvermeidlichen ideologischen Konflikte auf, wie bei der Frage nach der Erhöhung der Absolventenzahlen an der School for Peace. Jeder Streit bekommt in Neve Shalom eine besondere Brisanz, weil die in der Gesellschaft übliche Polarisierung natürlich vermieden werden soll. Auch wenn manche Frage zuungunsten alter Ideale gelöst wird, eines muß man den Menschen in Neve Shalom zugute halten: Sie kämpfen um Verständigung. Jeden Tag. Sie könnten es sich einfacher machen, in ein jüdisches oder arabisches Ghetto einziehen und ihr einseitig geprägtes Weltbild pflegen. Daß der Versuch, gemeinsam etwas aufzubauen, von Rückschlägen gekennzeichnet ist, bleibt wohl nicht aus. An der jungen, im Dorf geborenen und aufwachsenden Generation läßt sich indes ablesen, daß das Konzept des Dorfes bereits Früchte trägt. Der Sohn von Boaz Kitain und die Tochter des arabischen Öffentlichkeits-Sekretärs des Dorfes, Abdessalam Najjar, gehören zu den ersten Kindern, die in Neve Shalom aufwachsen und nun außerhalb tätig sind. Boaz' Sohn leistet seinen dreijährigen Militärdienst ab. Keine Frage für Boaz, daß auch sein Sohn diesen für alle Israelis selbstverständlichen gesellschaftlichen Beitrag leistet. Doch er ist anders, bewußter als die meisten seiner Altersgenossen und kann den staunenden Mit-Soldaten von seinen positiven Erfahrungen, seinem Leben mit arabischen Menschen erzählen.

Sie werden irgendwann vielleicht nicht mehr wissen, was genau die älteren meinen, wenn sie von der fremden Mentalität der Araber sprechen, dem „unmöglichen Ansinnen“, einen eigenen palästinensischen Staat zu gründen. Natürlich ist Neve Shalom ein verschwindend geringer Tropfen auf dem heißen Nahost-Stein. Aber auch ein Pflänzchen der Hoffnung, das sich nicht selbstzufrieden in die scheinbare Idylle zurückzieht, sondern einen ständigen Beitrag zum politischen Diskurs innerhalb und außerhalb des Landes liefert.

Besuch im abgeriegelten Gaza-Streifen: Anke Abu-Sitta, Deutsch-Palästinenserin und Gründerin des „Deutschen Kulturzentrums Gaza“, im Spannungsfeld der Kulturen

In schweren Güssen prasselt der Regen auf die israelische Küstenebene. Ein Wetterumschwung Ende Oktober, der den Winter im Nahen Osten einläutet. Der strahlend blaue Himmel ist jetzt immer öfter wolkenverhangen. Der Sturzbach von oben läßt Gaza, traurig-graue Metropole im inzwischen autonomen 40 Quadratkilometer großen Streifen, noch trüber aussehen als sie ohnehin schon ist. Graue Betongerippe, zerfallene Häuser, dazwischen Müllhaufen auf lehmigen, aufgeweichten Böden. Kein Fleckchen Grün. Schlammig-Braun sprudelt die Wassermasse aus den wenigen Gullys in hohen Fontänen ins Freie. Die Wassermassen sind von der maroden Kanalisation (soweit vorhanden) nicht zu fassen. Mein arabisches Taxi quält sich durch 40 Zentimeter tiefe Wasserlachen, durch Schlaglöcher, vorbei am Gewirr aus Lastwagen, Fußgängern und Eselskarren. Ich werde an diesem Tag dreimal bis auf die Haut naß, denn immer wieder muß ich kurze Strecken zu Fuß zurücklegen.

Sorglos gingen die Israelis jenseits des Eretz-Checkpoints (der an diesem Morgen verlassen ist, des Regens und der Abriegelung wegen) mit dem kostbaren Gut Wasser um: Trotz der Sintflut sah ich Bewässerungsanlagen, die Unmengen davon auf israelische Felder und Plantagen jagten. Offensichtlich war es den Verantwortlichen nicht möglich, flexibel auf die veränderte Wetterlage zu reagieren und die Dinger auszuschalten.

Währenddessen ist das teure Naß im Gaza-Streifen mit seinen acht Flüchtlingslagern und der dichtbesiedelten Stadt Gaza entweder knapp oder – wie an diesem Tag – ein handfestes Problem. Nur wenige Kilometer trennen Gaza und somit Palästina von Israel. Und doch liegen zwischen ihnen Welten. Der Checkpoint Eretz, an dem es im September zu blutigen Schießereien zwischen israelischen und palästinensischen Grenzern gekommen war, erinnert an die ehemalige innerdeutsche Grenze. Überall Wachtürme, Stacheldraht, Müll. An verschiedenen Rampen werden Fahrzeuge nach Sprengstoff untersucht.

Ausländer wie ich dürfen sich von teils gelangweilt-freundlichen, teils blasierten israelischen Grenzsoldaten im V.I.P.-Container kontrollieren lassen. Die wenigen Palästinenser, die die Erlaubnis haben, täglich zu ihren Arbeitsplätzen in Israel zu pendeln, werden hinter einer zerschossenen Betonmauer kontrolliert. Kein Einblick möglich. Der Checkpoint ist die ultimative Grenze zwischen der 1. und der 3. Welt in dem schmalen Dreieck zwischen Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten.

Anke Abu-Sitta sitzt am Computer hinter ihrem Schreibtisch in der kleinen Villa aus den Sechzigern. Etwas abgelegen, fern des Gewühls des Gaza-Zentrums, macht das Gebäude einen vergleichsweise beschaulichen Eindruck. „Wir besitzen sogar einen Garten, eine richtige kleine Oase“, beschreibt die Leiterin des von ihr gegründeten Deutschen Kulturzentrums Gaza einen der Vorzüge des Domizils. Ich hatte die sympathische junge Frau in der Fernsehsendung „Boulevard Bio“ gesehen, in der es um Frauen ging, die mit Ausländern verheiratet sind und in der Welt ihrer Männer zurechtzukommen versuchen. Die Sache mit dem Kulturzentrum erwähnte sie in einem Nebensatz. Mein Interesse war geweckt. Also fragte ich sie brieflich, ob sie Lust habe, mich zu treffen und erhielt eine freundliche Einladung. Allerdings mit ungewissem Zeitpunkt, denn alle Treffen im Gaza-Streifen werden aufgrund der unsicheren politischen Lage nur sehr kurzfristig verabredet. Nun war ich also dort. Und die Kontraste zur israelischen Welt konnten krasser nicht sein.

Das Goethe-Institut in Tel Aviv, die Niederlassung der Deutschen Botschaft in Jericho und das Land Nordrhein-Westfalen unterstützen die Arbeit von Anke Abu-Sitta und ihrem kleinen Team mit Rat und Finanzmitteln. Deutsche Sprachkurse, ein noch bescheidenes kulturelles Programm, eine Bibliothek mit ständig wachsendem Angebot an deutscher Literatur, Gastspiele, Theater und Konzerte von Gruppen aus dem deutschen Sprachraum haben seit zwei Jahren in der unwirklichen Welt Gazas eine Adresse. Die kleine Villa steht für alle offen, die irgendeinen Draht nach Deutschland suchen. Dazu bieten die Mitarbeiter, zumeist ehrenamtliche, organisatorische Hilfen – wie den „Konsulatstag“ einmal pro Monat – an: An diesen Tagen kommen 60 bis 80 Menschen, um Paßangelegenheiten und Visa-Anträge bearbeiten zu lassen. Noch immer ist ein Studium in Deutschland bei den wohlhabenden palästinensischen Familien sehr beliebt. Hierfür müssen die Formalitäten abgeklärt werden. Es ist die Klientel, die sich für die Sprachkurse anmeldet. Anke weist mich auf die Söhne des prominenten Gazaer Politikers Haijdar Abdel-Shafi hin, die ebenfalls in Deutschland studierten und deren deutsche Ehefrauen heute zu ihren Mitstreitern im Kulturzentrum zählen.

In Gaza lebt Anke, gebürtige Rostockerin, seit dreizehn Jahren. Gemeinsam mit ihrem palästinensischen Ehemann Fawaz Abu-Sitta und den Kindern Nesrin (16), Rame (12) und Nesleman (8). Sie hatte Fawaz an der Leipziger Universität kennengelernt, wo er Anfang der 80er Jahre Jura studierte, wie sie. 1982 ging er zurück nach Palästina, lehrt seitdem an der islamischen Al-Azhar-Universität. Anke blieb noch eine Weile in der DDR.

1983 wurde ihr Ausreise-Antrag dann zügig genehmigt. Innerhalb weniger Tage mußte sie ihre Sachen packen und stand schließlich mit zwei Koffern und einer kleinen Tochter an der Hand in einer total fremden arabischen Welt. Nach einem harten ersten Jahr des Eingewöhnens, bei der ihr auch die tolerante, weltaufgeschlossene Familie ihres Mannes eine große Hilfe war, entschied sich die junge Deutsche endgültig für diese Welt. Als Europäerin mit allen Klischees ausgestattet – blonde Haare, von eher zierlicher Statur und westlich gekleidet – habe sie dennoch selten Schwierigkeiten gehabt, fühlte sich bald im Gaza-Streifen akzeptiert. Brenzlich wurde es erst mit Beginn der Intifada 1987, als Eiferer die islamischen Gesetze wieder stärker berücksichtigt wissen wollten. Damit habe man die nationale Identität der Palästinenser unterstreichen wollen. An Pöbeleien auf der Straße kann sie sich erinnern, wenn Frauen sich weigerten, Kopftücher zu tragen oder auf hohen Absätzen und in Hosen unterwegs waren.

Die Deutsche hat diese Zeit, in der die Palästinenser erstmals nach 20 Jahren gegen die israelische Besatzung von West-Bank und Gazastreifen lautstark und gewaltsam protestierten, noch in intensiver Erinnerung. Nachdem der damalige Verteidigungsminister Jitzhak Rabin die Direktive ausgegeben hatte, die jugendlichen Steinwerfer zu packen und ihnen systematisch die Knochen zu brechen, wuchs in jedem Haus die Angst vor eigener Betroffenheit: „Ständig lebten wir in Angst um unsere Kinder“, erzählt mir Anke Abu-Sitta. „Wenn sie von der Schule nicht pünktlich heimkamen, stand ich schreckliche Minuten aus. Zwar hatten wir ihnen eingeschärft, sich nicht an den Protesten zu beteiligen. Aber was geschah, wenn ihre Freunde in Gefahr gerieten? Würden meine Kinder das tatenlos mitansetzen?“, schildert sie das tägliche Dilemma. Mit voller Absicht, sagt sie, hätten sich die Soldaten oft direkt vor den Schulen postiert, geradezu, um die Jugendlichen zu provozieren.

Hinzu kamen die Ausgangssperren. Mitunter scheinbar willkürlich verhängt sorgten sie für die Internierung eines kompletten Volkes, das gesellschaftliche Leben kam teilweise ganz zum Erliegen. Von März 1988 bis Mai 1994 galt die Ausgangssperre von 20 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. Immer. Besuche bei Freunden waren abends praktisch unmöglich. Die Einbußen der Wirtschaft bekamen vor allem die Menschen in den Flüchtlingslagern zu spüren. Versorgungsengpässe, Not. Die Stadtbewohner versuchten, sich mit einer Vorratswirtschaft über Wasser zu halten. Damals habe sie die traditionell engen Bindungen an die arabische Familie, an Freunde und Nachbarn schätzen gelernt, schildert die 40jährige. Aber auch die Panik prägte sich ein, die sie einmal überkam, als sie in brennende Straßenbarrikaden geriet. Die Dämpfe der qualmenden Reifen, das Tränengas in den Augen. Um sie herum kämpfende Soldaten und palästinensische Zivilisten. Es gebe viele Horrorgeschichten aus dieser Zeit, aber an dieser, glaubt sie, sei etwas dran: Man munkelte, daß außer Tränengas auch andere, nicht näher definierbare Gase eingesetzt wurden. Später habe man immer häufiger von Frauen gehört, die nach Kontakten mit diesen Gasen ihre Babies verloren.

Ob sie Haß gegenüber den Israelis empfinde, da sie sich doch offenbar so eindeutig für die palästinensischen Positionen entschieden habe? Haß? Nein. Eher Abneigung, Verständnislosigkeit. Dieser Aufstand, der sich nach Jahrzehnten der Unterdrückung Bahn gebrochen habe, sei mit unverhältnismäßigen Mitteln brutal niedergeschlagen worden. Dennoch habe er auch dazu beigetragen, daß die ausländische und auch die israelische Öffentlichkeit erstmals für die Situation sensibilisiert wurden, begriffen, was in den damals noch besetzten Gebieten los gewesen sei.

Nach dem Ende der Intifada habe man erst einmal beginnen müssen, sein Leben und das der Familie neu zu ordnen. Die politische Einordnung der Ereignisse sei für sie noch heute schwierig, erzählt sie mir: Als Deutsche, mit dem Holocaust im Gedächtnis, konnte sie die Israelis nicht glattweg verurteilen, ohne auch die Hintergründe zu betrachten.

Als Palästinenserin habe sie Parallelen zwischen dem Schicksal des geschundenen jüdischen Volkes und dem, was sie den Palästinensern zumuteten, gesehen. „Ich habe meinen persönlichen Kompromiß gefunden: Die Geschichte der Juden betrachte und beurteile ich bis zur Staatsgründung 1948. Danach beginnt für mich ein anderes Kapitel, die Vertreibung und Erniedrigung des palästinensischen Volkes. Das erfordert neue Rückschlüsse.“

Im November 1996 befürchtet die Deutsch-Palästinenserin eine schlimme Entwicklung des Konfliktes. Nach einer kurzen, hoffnungsvollen Phase der Entspannung, in der selbst der einstige Hardliner Rabin seine „Land für Frieden“-Politik begann, empfindet sie die Wahl des Likud-Manns Benjamin Netanjahu zum Premierminister Israels als schweren Rückschlag. Von Einigung mag sie während meines Besuchs in Gaza eigentlich gar nicht mehr sprechen. Netanjahu setze sich immer wieder arrogant über längst unterschriebene Vereinbarungen der früheren Staatschefs hinweg. Mit seinem politischen Schlingerkurs versuche er die Spaltungen innerhalb der jüdischen Gesellschaft zu vertuschen. Eine unglaubliche Provokation für Arafat und seine Leute, für alle Palästinenser. Wie lange auf beiden Seiten die Fanatiker im Zaum gehalten werden können sei die Preisfrage.

Anke Abu-Sitta war alarmiert, wie viele ihrer Landsleute, aber auch viele auf der anderen Seite des Eretz-Checkpoints.

Seit sechs Monaten saß sie mit deutschem und palästinensischem Paß im Gazastreifen fest. Für Israel ist sie vor allem Palästinenserin. Die Abriegelung des Gazastreifens wurde nach der Öffnung des hasmonischen Tunnels unter dem Jerusalemer Tempelberg und den darauf folgenden Unruhen im September 1996 noch einmal verschärft. Nicht einmal Krebskranke ließ man zur Chemo-Therapie in israelische Krankenhäuser. Obst und Gemüse konnten nicht ausgeliefert werden, verrotteten in den Depots. Ein nach aufwendigen Formalitäten bewilligtes Transit-Visum zum Ben Gurion-Flughafen wurde Anke Abu-Sitta nach den Unruhen wieder entzogen („Deshalb brauchen wir einen eigenen Flughafen“). Sicherheit, die „nationale Leidenschaft der Israelis“, wie der Journalist, Schriftsteller und „Peace Now“-Aktivist Uri Avnery es ausdrückte, mußte überall als

Begründung für fadenscheinige Aktionen erhalten. (In einer Ausgabe der Jerusalem Post, der einzigen englischsprachigen Tageszeitung des Landes, lese ich wenige Tage später in einem Leserbrief den denkwürdigen Satz: „A man may build himself a throne of bayonets, but he cannot sit on it“ – das zum Thema Sicherheit).

Trotz der Härte und Entbehrungen – ihr Leben in Gaza möchte Anke Abu-Sitta nicht gegen eines im wiedervereinigten Deutschland eintauschen. Und so verabschiedet sie mich mit den Worten: „Was ich dort, sechs Jahre nach der Wende, vorfinden würde, wäre mir genauso fremd wie der Anfang in Gaza. Hier bin ich jetzt heimisch, in Deutschland wäre ich eine Fremde!“

Und ich erinnere mich an eine Episode, die sie in der TV-Sendung beschrieb: 1991 war sie für einige Monate nach Berlin gekommen, doch als ihre älteste Tochter rüde als Ausländerin beschimpft wurde, ihr Mann außerdem keine passende Arbeit fand, war ihr klar geworden, wohin sie gehörten. Trotz der alltäglichen Probleme, trotz der politischen Instabilität.

Die Klarheit ihrer Argumentation, ihre Liebe zu dem Fleckchen Erde, das auf den ersten Blick so wenig Liebenswertes, dafür aber so viele Sorgen und Konflikte birgt, haben mich überrascht und beeindruckt. Sie geben ihr offenbar die Energie, ihren Beitrag an Aufbau und Weiterentwicklung dieser Gesellschaft zu leisten.

Gespräch mit Mazen Shaggura, Leiter des Democratic Development Unit des Palästinensischen Menschenrechtszentrums, Gaza-Stadt: Die andere Seite der Medaille

Durch menschenleere Straßen, die sintflutartigen Regenfälle waren nur von einigen kurzen „Trockenphasen“ an diesem Tag unterbrochen, ging ich zu Fuß durch Gaza zu meinem nächsten Treffen. Mazen Shaggura traf ich in einer beinahe depressiven Stimmung an. Bereitwillig beantwortete er trotzdem meine Fragen. Und mir fiel, wie schon häufiger, die klar strukturierte Argumentation, die um sachliche Distanziertheit bemühte Analyse der gegenwärtigen Situation durch einen Palästinenser auf. Viele Israelis, die ich traf, hatten mich durch ihre mitunter laute, herausfordernde und immer wieder ins Beeinflussende, Emotionale abgleitende Sicht der Lage verunsichert, manchmal auch verärgert. Bei vielen arabischen Gesprächspartnern fand ich indes nicht die gängige Haltung des Opfers, den Versuch, Mitleid zu heischen, vor – im Gegenteil, eine beinahe stolze Nüchternheit. Auch fand ich mich natürlich nie in der Situation, als Mitglied der ehemaligen Nazi-Gesellschaft direkt oder indirekt zur Zurückhaltung in der Einordnung der israelischen Politik aufgerufen zu sein. Selbst ein mir grundsätzlich freundlich zugetaner Israeli hatte mich in einer temperamentvollen Diskussion einmal auf meine Herkunft hingewiesen, als ihm mein Standpunkt nicht paßte (und wurde mit einem hebräischen Redeschwall seiner Freundin zurechtgewiesen).

Das Interview mit Mazen Shaggura möchte ich hier in Auszügen darstellen.

FRAGE: Seit den Terrorattentaten auf israelische Busse im Frühjahr dieses Jahres sind der Gazastreifen und weite Teile der Westbank abgeriegelt. Nur mit Sondergenehmigungen erhalten die dort lebenden Palästinenser eine Möglichkeit, die Autonomiegebiete zu verlassen. Was ist die Folge für die autonomen Gebiete?

SHAGGURA: Seit Februar ist die Situation bedrückend, jetzt ist sie alarmierend. Viele Menschen, die in Israel eine Arbeit hatten, verloren ihren Job. 1300 Studenten verlieren ein komplettes Studienjahr, die wirtschaftlichen Einbußen sind gewaltig. Obst- und Gemüsetransporte aus dem Gazastreifen, für den Export nach Europa bestimmt, werden am Eretz-Checkpoint abgewiesen, die Früchte verfaulen. Hinzu kommt, daß auch ein Großteil der medizinischen Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Vor einigen Tagen wiesen israelische Grenzposten 20 lebensbedrohlich krebserkrankte Palästinenser zurück, die eine Strahlentherapie in einem israelischen Krankenhaus begonnen hatten. Die Abriegelung ist allumfassend und absolut unmenschlich.

FRAGE: Nach israelischer Interpretation ist die Abriegelung eine wichtige Sicherheitsmaßnahme, die den Staat Israel vor weiteren Gewalttaten schützen soll, deren Keimzelle unter anderem in den autonomen palästinensischen Gebieten vermutet wird. Sind die Maßnahmen vor diesem Hintergrund nicht verständlich?

SHAGGURA: Keinerwegs. Die israelische Regierung nimmt die Ereignisse stets zum Anlaß, das palästinensische Volk einzuschüchtern, ohne die Ursachen der Gewalt zu analysieren. Wenn wir den Ausbruch der Gewalt Ende September nehmen, so brach sich die Unzufriedenheit der Menschen mit der Verschleppungspolitik der israelischen Regierung hier Bahn. Für Israel ist es eine Möglichkeit, eine Abriegelungs-Politik fortzusetzen, die jede Etablierung einer eigenständigen palästinensischen Wirtschaft, eines Kultur- und Gesundheitswesens blockiert. Israel kontrolliert noch immer viele Bereiche, die zur Bildung einer palästinensischen Infrastruktur notwendig sind, wie etwa die Wasserversorgung und den Straßenbau. Dies beeinträchtigt vor allem die junge Generation, die in tiefe Hoffnungslosigkeit gestürzt wird. Und wissentlich wird damit die Gewaltbereitschaft erhöht. Es geht hier doch nicht um Sicherheit, wenn der Gazastreifen abgeriegelt wird. Jeden Tag schafft es eine große Zahl von Menschen, illegal die Gebiete zu verlassen. Aber die Kontrollen sind entwürdigend für unsere Leute und sollen es nach israelischer Vorstellung auch sein.

FRAGE: Was hat Ihnen die Öffnung des hasmonischen Tunnels in Jerusalem und das darauf folgende Blutvergießen gezeigt? Ist die arabische Haltung hier nicht zu sehr von religiösen Empfindlichkeiten geprägt?

SHAGGURA: Die arabische Seite hätte nicht so sensibel reagiert, wenn die Tunnelöffnung nicht Teil einer Folge von Vertragsbrüchen gewesen wäre. Der berühmte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Die Jerusalem-Frage, das heißt die Klärung des endgültigen Status Jerusalems,

ist eine der zentralen Fragen im Einigungsprozeß mit Israel. Die Tunnelöffnung zeigte, daß Netanjahu mit der Politik fortfahren will, einfach Tatsachen zu schaffen, ohne zu verhandeln. Mit der Öffnung des Tunnels wird die Judaisierung Jerusalems vorangetrieben, die arabischen Ansprüche werden weiter zurückgedrängt. Die blutigen Ausschreitungen Ende September waren die schlimmsten seit Beginn des Friedensprozesses und dem Ende der Intifada. Und sie waren eine direkte Reaktion auf die Trendwende in der israelischen Politik.

FRAGE: Welche Menschenrechtsverletzungen haben Sie als „Non Government Organisation“ in diesen Septembertagen beobachtet?

SHAGGURA: Wir hatten täglich unsere Fieldworker draußen, die die Ereignisse beobachteten. Es wurden Hubschrauber und Panzer gegen Zivilisten eingesetzt. Viele der israelischen Soldaten zielten von Anfang an auf Brust oder Kopf der Demonstranten anstelle der Beine. Gummigeschosse wurden kaum eingesetzt, man verwendete scharfe Munition auch gegen Steinwerfer. Die Soldaten waren angewiesen, zu töten, nicht, weiteres Blutvergießen zu verhindern. Auch widerspreche ich energisch der Darstellung der israelischen Regierung, palästinensische Polizei hätte zuerst auf israelische Soldaten geschossen. Nach unseren Erkenntnissen hat es einen Angriffsversuch jüdischer Siedler auf ein Flüchtlingslager gegeben, den die palästinensische Polizei zu verhindern suchte. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit den Siedlern, woraufhin das israelische Militär eingreifen mußte. Der erste Mensch, der in diesen Auseinandersetzungen getötet wurde, war ein palästinensischer Polizist.

FRAGE: Wie schätzen Sie den Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen ein, die die israelische Regierung mit Arafat wieder aufnahm?

SHAGGURA: Nichts bewegt sich, die Gespräche treten auf der Stelle. Dabei ist der Abzug aus Hebron natürlich längst überfällig. Es ist absolut unakzeptabel, wie dort 400 Siedler dafür sorgen, daß die palästinensische Mehrheit der Bevölkerung durch israelisches Militär täglich diskriminiert wird. Dennoch ist Hebron kein zentrales Problem, die Jerusalem-Frage bleibt der Knackpunkt. Wenn die Gespräche mit dieser Regierung schon bei Hebron ins Stocken geraten, habe ich wenig Hoffnung für all die anderen unerfüllten Vereinbarungen des Oslo-Abkommens. Gleichzeitig provoziert Israel die arabischen Staaten. Wenn es keinen Fortschritt mit den Palästinensern gibt, wird es auch keinen Fortschritt mit den arabischen Ländern geben.

FRAGE: Wie würden Sie die israelische Gesellschaft nach der Wahl Benjamin Netanjahus zum Ministerpräsidenten skizzieren?

SHAGGURA: Mit dieser Wahl hat sich die israelische Gesellschaft gegen den Friedensprozeß ausgesprochen. Extremistische Tendenzen treten immer häufiger auch in der israelischen Gesellschaft auf. Die Ultrareligiösen setzen Rabins Mörder, Jigal Amir, ein Denkmal und ein anderer Teil der Gesellschaft stellt die Erfordernisse der Sicherheit – wie sie es nennen – über den Friedensprozeß. Und der kann nur in gegenseitigem Vertrauen und Toleranz gedeihen.

FRAGE: Dies ist ein Jahr nach der Ermordung Rabins ein bedrückendes Fazit. Die Anspannung in allen Teilen der Gesellschaft ist beträchtlich und unübersehbar. Hinzu kommt die Furcht vor neuen Anschlägen, weshalb dieser Tage die Sicherheitsvorkehrungen im ganzen Land verschärft werden. Erwarten Sie neues Blutvergießen?

SHAGGURA: Die Spannung ist gewaltig, denn im Gegensatz zu der Zeit nach der Intifada waren die Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden riesig. Wenn dies jetzt enttäuscht wird, sind die Folgen unabsehbar. Ich persönlich rechne mit weiteren Zusammenstößen und fürchte, dieses Mal werden sie noch blutiger. Und es sind nicht die Extremisten, die die Lage anheizen. An den September-Unruhen nahmen sie überhaupt nicht teil. Die ganz normalen Menschen sind die Verzögerungspolitik der Israelis leid. Wenn die israelische Regierung ständig die Vereinbarungen bricht, ist es für Präsident Arafat schwer, die Extremisten auf seine Seite zu ziehen und sie zu mäßigen.

FRAGE: Was kann, was muß die internationale Staatengemeinschaft tun, um eine Eskalation der Situation im Nahen Osten zu verhindern?

SHAGGURA: Internationaler Druck auf Israel ist ungeheuer wichtig. Wenn die beiden Konfliktparteien allein gelassen werden, wird es keinen Fortschritt geben. Besonders die europäischen Staaten sind hier gefordert. Die Amerikaner haben traditionelle politische Interessen in der Region und sie haben Verpflichtungen gegenüber einer starken jüdisch-amerikanischen Lobby. Wir brauchen die Europäer, gerade weil Ministerpräsident Netanjahu jüngst beim Besuch des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac höflich, aber bestimmt auf eine aktive Teilnahme der Europäer verzichtet hat. Wir leben momentan am Rande des Vulkans, und er kann jeden Moment ausbrechen.

„Wir werden regiert von machtbesessenen Ignoranten“ – Angelika Schrobsdorff, deutsch-jüdische Schriftstellerin, sieht die Zukunft Israels in tiefem Schwarz

Wie eine geschmackvoll gestaltete Oase der Lebensfreude wirkt die geräumige Wohnung, mitten im arabischen Ostteil der „Heiligen Stadt“. Ihr so geliebtes Domizil erinnere sie an eine „Mischung aus Kathedrale und Karawanserei“ hatte Angelika Schrobsdorff in ihrem Buch „Jerusalem war immer eine schwere Adresse“ geschrieben. Die lang gezogenen Gänge haben tatsächlich etwas von einem Gotteshaus. Doch fehlt dessen häufige Dusterkeit. Die Lebendigkeit der Karawanserei spiegelt sich in den großen Fenstern und Terrassentüren, die viel Licht hinein lassen, in der freundlichen Einrichtung, den Blumen und der Umtriebigkeit der Bewohnerin wider.

Der atemberaubende Blick von Terrasse und riesigem Dachgarten, den mir meine Gastgeberin stolz präsentiert, ist für sie auch nach fast zehn Jahren nicht zur Gewohnheit geworden. Die Jerusalemer Hügel – von Abu Tor aus wirken sie seltsam entrückt und doch steht man beinahe mittendrin. Bevor das Gefühl der Idylle überhand nimmt, macht Angelika Schrobsdorff ganz schnell klar, daß sie hier nie ohne Gedanken an die Realität Israels gelebt hat. Immerhin war die deutsche Jüdin 1987, wenige Monate bevor in den besetzten Gebieten der Palästinenseraufstand – die Intifada – ausbrach, an diesen Ort gezogen. Direkt an die sogenannte „grüne Grenze“, die Israel von Palästina trennt. Noch dazu in ein arabisches Haus, aus dem die ursprünglichen Bewohner nach dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 von den Israelis vertrieben wurden (das erfuhr sie erst später). Wie könnte man da unpolitisch zur Tagesordnung übergehen. „Unmöglich“, findet sie.

Für ein merkwürdiges Substrat aus „Hochtechnologie und Dritter Welt“ hält Angelika Schrobsdorff das Land, in dem sie lebt. Israel und das Verhalten vieler Israelis sind ihr auch nach etlichen Jahren immer wieder ein Rätsel. Sie erzählt von ihrem jüngsten „merkwürdigen“ Erlebnis mit einem befreundeten israelischen Patrouille-Soldaten. Während der Unruhen im September in den Autonomie-Gebieten habe ein palästinensischer Polizist, mit dem er zuvor immer Streife gegangen war, auf ihn geschossen. Und die Reaktion des Israeli darauf macht sie heute noch stutzig: „Anstatt sich fürchterlich aufzuregen oder schrecklich enttäuscht zu sein, erzählt der mir ganz sachlich: ‚Aber weißt du was, dem werd’ ich was erzählen, wenn ich ihn mal wiedertreffe. Da trinkt man zusammen Kaffee, zeigt sich die Fotos der Familien... und dann schießt der auf mich. Dem werde ich was erzählen!‘“ – Das sei das Abstruse, die Menschen in Israel nähmen sich nicht mal die Zeit und das Recht auf Trauer und Enttäuschung über die vielen auch emotionalen Verletzungen. Da wird abgeklärt und pragmatisch reagiert. Wut und Aggression, meint sie, seien offenbar in einem Land, das sich fortwährend im Kriegszustand befinde, die einzigen legitimen Gefühle. „Die Leute hier sind unheimlich tough!“

Die Intifada, über die sie ein Buch verfaßt hat, steckt Angelika Schrobsdorff noch immer in den Knochen. Während meines Besuches bei ihr war die neue israelische Regierung unter Premier Benjamin Netanjahu gerade dabei, den Abzug israelischer Truppen aus Hebron, der Stadt im Westjordanland, in der 400 fanatische jüdische Siedler mit rund 100 000 Arabern in Unfrieden leben, heftig zu verzögern. Bei Angelika Schrobsdorff weckte dies, und auch die Unruhen nach der Tunnelöffnung in Jerusalem, Erinnerungen an die Vorzeichen der Intifada 1987.

„Damals war ich froh, endlich was zu tun. Durch das Schreiben hatte ich immerhin die Möglichkeit, der Welt draußen mitzuteilen, was hier vor sich geht. Ich konnte nicht stumm beobachten, während hier die Erde brannte.“

Danach habe es so ausgesehen, als hätten alle Beteiligten gelernt. Es folgten die Oslo I- und II-Verträge, Rabins Umkehr sei ein Hoffnungsschimmer gewesen, die schrittweise Selbstregierung in den Gebieten. – Doch dann sei dieser „unglückselige Netanjahu“ auf der Bildfläche erschienen. Er habe in

nur wenigen Monaten als Premierminister vieles wieder zunichte gemacht. Jetzt regiere wieder eine Politik der Stärke, dem Sicherheitswahn werde alles untergeordnet, was an vertrauensbildenden Maßnahmen möglich und nötig wäre.

Die Autorin sitzt jetzt aufrecht und mit angespanntem Gesichtsausdruck in ihrem Ledersessel, während sie ihre Ansicht über die derzeitige Politriege losläßt: „Ihre Führer, und ich sage bewußt ‚Führer‘, sind megaloman, machtbesessen und dumm. Schlimmer geht’s nicht!“ Im nächsten Augenblick besinnt sie sich auf die wohltuende Wirkung der Ironie und fügt hinzu: Ein Freund habe ihr kürzlich gesagt, die einzige Chance, Netanjahu als Staatschef loszuwerden, liege darin, daß er das Alter und die Konstitution zum Herzinfarkt habe. Und mit einem Grinsen: „Also, hoffen wir auf den Herzinfarkt!“

Dann schildert Angelika Schrobsdorff ihre Sicht der Dinge doch weniger humorvoll. Daß es bei den Terroranschlägen und den September-Unruhen nicht bleiben werde, daß sich die Palästinenser die Hinhaltenaktik der israelischen Regierung nicht gefallen ließen, daß es noch viel schlimmer kommen werde, lauten ihre düsteren Prognosen. Am schlimmsten seien die religiösen Fanatiker und die fanatischen Siedler, die sie zumeist für „verkrachte Existenzen aus Amerika“ hält, die keine Ahnung von diesem Land und seiner Geschichte hätten. Und die radikal orthodoxen Juden mit ihrer „unerträglichen Lebensfeindlichkeit“ bringen sie regelrecht auf die Palme: „Diese Mixtur aus Amerikanern und Juden ist einmalig schlecht gelungen. Diese Leute vereinigen die allerschlechtesten Eigenschaften des jüdischen Volkes auf sich und betreiben ihre Politik mit unerträglichem Pathos“, schimpft sie. Jerusalem, ihre große Liebe, sei voll von ihnen und ständig würden es mehr. Am liebsten, ist sie sicher, würden diese Leute alle Juden in die „geistige, physische und moralische Enge der Ghettos treiben“.

Sie will nicht den gleichen Fehler machen wie kurz vor Ausbruch der Intifada. Damals hatte sie, wie viele Intellektuelle, die sich bewußt für Israel als neue Heimat entschieden hatten, das sich zusammenbrauende Unheil zuerst nicht wahrhaben wollen. Damals habe sie zum ersten Mal verstanden, was in vielen deutschen Juden nach Hitlers Machtergreifung 1933 vor sich ging. Ihr Wegschauen, das Hoffen auf bessere Zeiten habe sie wohl erst einmal über Wasser gehalten. Auch wenn es für eine Flucht später oft zu spät war und sie sich abführen lassen mußten wie die Schafe zur Schlachtbank.

Dann hatte sie hingeschaut und ihre Eindrücke literarisch verarbeitet. Das werde sie auch weiterhin tun, versichert sie mir. Angelika Schrobsdorff plant, an ihr Buch über die Intifada anzuknüpfen, Konsequenzen aufzugreifen, die aktuellen Entwicklungen zu verarbeiten. Und natürlich wird auch dieses Buch – wie alle ihre Bücher – autobiographisch sein. Nach den Selbstmord-Attentaten auf vollbesetzte Busse im Frühjahr 1996 konnte sie monatelang keine Zeile zu Papier bringen. Zu tief saß der Schock über die Verwundbarkeit des einzelnen, darüber, welche Abartigkeiten der Haß hervorbringen kann.

Bei unserem Treffen im Oktober 1996 spürte die Schriftstellerin neue Energie. Trotz ihrer niederschmetternden Prognosen fühlte sie sich nicht mehr gelähmt, sondern hatte wieder den Willen, sich einzumischen: „Schreiben muß ich wieder. Sonst zerreißt es mich!“

„Auch dieses Mal werden wir mit einem blauen Auge davonkommen!“ – Teddy Kollek,
Ex-Bürgermeister Jerusalems mahnt zur Zuversicht

Mein Gespräch mit dem ehemaligen Bürgermeister Jerusalems, dem aus Österreich stammenden Teddy Kollek, war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert: Zum einen beeindruckte mich die Vitalität des 85jährigen, der noch immer fast täglich in seinem Büro der von ihm gegründeten Jerusalem Foundation anzutreffen ist, der präsent und von ungeheurem Erfahrungsreichtum einer 28jährigen Amtszeit geprägt die Entwicklungen in der Stadt beobachtet. 1992 wurde der Kandidat der Arbeitspartei abgewählt, an seine Stelle trat der Likud-Mann Ehud Olmert – seine Wahl reflektiert die Verlagerungen der Mehrheitsverhältnisse in Jerusalem, das immer stärker von Religiösen und Ultra-Religiösen der Stadt bestimmt wird. Weiter beeindruckte mich die relative Freundlichkeit Kolleks, der, für seine Launen bekannt, schon gelegentlich poltern kann, wenn ihm eine Frage nicht paßt. Dies bekam ich nur an einer Stelle des Interviews kurz zu spüren. Und zu guter Letzt erstaunte mich die offenkundige Gespaltenheit des Mannes, der die Geschicke Jerusalems jahrzehntelang leitete und als Förderer des jüdisch-arabischen Verhältnisses galt. Er schien mit „den Arabern“ seinen ganz persönlichen Frieden noch nicht geschlossen zu haben. Und verfiel, für mich erstaunlich, in Stereotypen, die ich von diesem erfahrenen Mann in Sachen jüdisch-arabischer Koexistenz nicht erwartet hatte.

Auf die Frage, was zuerst geklärt werden müsse, bevor an eine Lösung der Jerusalem-Frage überhaupt zu denken sei, sagte er: „Das Problem bei Jerusalem ist: Wir sind psychologisch noch nicht weitergekommen. Tief in meinem Inneren bin ich davon überzeugt, daß die Mehrheit der Araber uns, wenn sie uns alle ermorden könnten, dies mit großer Freude tun würden. Wir haben eine ganz kleine Gruppe solcher Israelis, aber sie sind genauso radikal.“ Die Araber litten unter einer Art Verfolgungswahn, der noch aus napoleonischen Zeiten stamme, meinte er. Ständig hätten sie das Gefühl, von feindlichen Fremden beherrscht zu werden.

Scharf kritisierte Kollek hingegen das Verhalten der derzeitigen Stadtverwaltung unter Bürgermeister Ehud Olmert, den historischen Tunnel zu öffnen, was Auslöser des Blutvergießens war: „Es zeigt, wie ungeschickt die derzeitige Verwaltung ist, wie wenig Erfahrung sie hat. Ich habe immer auf einen bestimmten Moment gewartet: Wenn man irgendetwas Schönes und Großes für die Araber macht, kann man zu gleicher Zeit sagen ‚Wir machen das für die Juden!‘ Ich hatte zum Beispiel die Vorstellung, daß man endlich zu einem Abkommen bezüglich des israelischen Abzugs aus

Hebron kommen sollte. Daß man ihnen formell die großen Stallungen (Salomons Ställe in Jerusalem) von den Kreuzfahrern geben sollte. Dadurch hätte man einen Ausgleich schaffen können.“ Die Ställe wurden den Moslems im November auch tatsächlich zum Gebet während der Regenzeit übergeben, wo es für rund 50 000 Betende an Feiertagen auf dem Tempelberg zu ungemütlich wird.

Ehud Olmert, das war für Teddy Kollek gewiß, würde die nächste Wahl politisch nicht überleben. Er habe so viele Fehler gemacht, soviel Unruhe gestiftet, daß er selbst für das konservative Lager nicht tragbar sein dürfte.

Ungehalten wurde das ehemalige Stadtoberhaupt schließlich, als ich ihn mit der Frage nach seiner Meinung zu den „Getreuen des Tempelbergs“ konfrontierte, einer Gruppe von fanatischen Juden, die sich verbotenerweise auf den Tempelberg schleichen, um dort den symbolischen Grundstein für den dritten jüdischen Tempel zu errichten (Die Juden glauben daran, daß der Messias den zur Zeit Herodes niedergerissenen Tempel neu errichten werden, sobald er auf die Erde kommt. Die Westmauer des alten Tempels ist die heutige Klagemauer, eine der heiligsten Stätten des Judentums).

Um die Ankunft des Messias zu beschleunigen und natürlich auch, um die Moslems an ihren heiligsten Stätten nach Mekka und Medina, dem Felsendom und der Al-Aksa-Moschee auf dem Tempelberg, gehörig zu provozieren, starten diese „Getreuen“ regelmäßige Aktionen. Doch hier war ich offenbar an einem Punkt angelangt, der Teddy Kollek zu weit ging.

– Kollek, sichtlich ungehalten: „Wo gibt es sowas nicht?... Sie haben Nazis in Deutschland.“

– „Halten Sie so etwas nicht für eine unerträgliche Verletzung der religiösen Gefühle der gläubigen Moslems?“

– Kollek: „Es ist eine Bedrohung, weil sie es so ausdeuten. Wie hat denn die israelische Regierung seit 1967 den Tempelberg bewacht und keinem einzigen Juden erlaubt, dort zu beten? Leute deswegen verhaftet. Also, was wollen Sie noch? Aber daß denen (den Arabern, d. Verf.) das nicht genügt, weil sie immer fürchten, daß etwas geschieht, das weiß ich. Das ist das große Problem.“

Was die im Oktober '96 gerade wieder angelaufenen Gespräche zwischen israelischer Regierung und Vertretern des Palästinensischen Rates anging, so strahlte Teddy Kollek eine Zuversicht aus, die in dieser Zeit nur wenige, mit denen ich sprach, teilen mochten. „Das wird in Ordnung gehen und zu Ergebnissen führen. Aber ich hatte auch keine Zweifel daran, als sich die beiden (Arafat und Netanjahu) vor einigen Wochen in Washington getroffen haben (nach den Unruhen in Jerusalem, in Gaza, Ramallah und anderen Orten der Westbank hatte Präsident Clinton die beiden in die USA zum Rapport beordert, d. Verf.) und alle glaubten, es seien nur leere Worte, die da ausgetauscht werden. Ich war auch dann schon davon überzeugt, daß die Gespräche Resultate zeigen werden“, lautete seine feste Überzeugung.

Dabei hielt er den neugewählten israelischen Premier offenkundig nicht für eine sonderlich verlässliche Größe. Auf meine Frage, was er Netanjahu nach der unglücklichen Tunnelöffnung ins Stammbuch schreiben wolle,

antwortete Kollek: „Alles, was man Netanjahu ins Stammbuch schreibt, wird nichts nützen... Nein, ich glaube nicht, daß er eine feste Linie hat. Er hat alle paar Tage oder sogar Stunden eine andere Linie. Netanjahus Unerfahrenheit ist eines der größten Hindernisse auf dem Weg zum dauerhaften Frieden.“

Zusammenfassend bemühte sich Kollek dann aber doch, den Optimismus auszusenden, den man wohl in aller Welt von einem so erfahrenen Politiker und einstigen Oberhaupt eines derart komplizierten Gemeinwesens wie Jerusalem erwartet. Und so ließ der alte Routinier sich beim Beantworten meiner Fragen zu keiner unüberlegten Äußerung hinreißen. Mit Ausnahme der einen, oben zitierten. Er war ganz Staatsmann, als er mir erklärte, um Jerusalem mache er sich zwar Sorgen, aber keine großen Sorgen: „Wenn man so lange Bürgermeister ist, 28 Jahre, und sich schon früher mit der Stadt beschäftigt hat, bekommt man einen historischen Blick dafür. Jerusalem ist durch unerhört viele Schwierigkeiten gegangen und besteht noch immer. Viel größere und wichtigere Städte ihrer Zeit, Babylon und Minipe und andere, die Millionenstädte schon vor 3000 Jahren waren, sind alle verschwunden. Und Jerusalem besteht. Also habe ich eine bestimmte Zuversicht, daß das auch weiterhin so sein wird. Und ich glaube, wir werden aus diesen Schwierigkeiten herauskommen.“

Uri Avnery: „Netanjahu will keinen Frieden“

Am 5. November besuchte ich den aus Hannover stammenden jüdischen Publizisten und Aktivisten der israelischen Friedensbewegung „Peace Now“, Uri Avnery, in seiner Wohnung in Tel Aviv. Avnery war einer der ersten Israelis, die Gespräche mit PLO-Funktionären führten. 1983 traf er sich mit Jassir Arafat in Beirut, wovon eine Fotografie zeugt, die ich auf einem Bücherregal in seiner Wohnung entdeckte. Wegen dieser Kontakte wurde Avnery mehrfach verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Es folgen Auszüge aus dem Interview:

FRAGE: Herr Avnery, in einem Interview sagten Sie kürzlich, der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu wolle keinen Frieden. Welche Alternative hat er denn?

AVNERY: Erstens, Netanjahu kann nicht abgesetzt werden. Das israelische Wahlgesetz macht es so gut wie unmöglich, einen Regierungschef abzusetzen. Das heißt, er wird vier Jahre unser Ministerpräsident bleiben. Netanjahu will keinen Frieden, beziehungsweise nur einen solchen, der die Kapitulation der anderen Seite bedeutet. Von so einem Frieden reden wir nicht. Er wäre sowieso unmöglich. Der einzige Frieden, der möglich ist, ist einer, der direkt oder auf Umwegen zur Errichtung eines Staates Palästina neben Israel führt, mit einem Kompromiß in Jerusalem. Dieser Friede wird von Netanjahu total abgelehnt. Netanjahu ist eine Mischung aus einem pragmatischen amerikanischen Politiker an der Oberfläche und einem extrem rechtsradikalen Fanatiker in seinem Innern.

FRAGE: Inzwischen hat sich Netanjahu ja bereits zwischen die Stühle gesetzt. Er wird von seinen ultrareligiösen Koalitionspartnern bereits heftig für die kleinsten Zugeständnisse an die Palästinenser kritisiert. Das heißt, denen ist er noch nicht radikal genug. Meinen Sie, daß das die Chance bietet, daß Netanjahu bald gezwungen sein könnte, sich andere Koalitionspartner zu suchen? Vielleicht sogar die Arbeitspartei mit ins Boot zu nehmen?

AVNERY: Ich würde sagen, dies ist nicht ganz unmöglich, aber beinahe. So eine Situation kann nur eintreten, wenn internationaler und nationaler Druck auf Netanjahu ausgeübt wird, der ihn zwingt, schrittweise voranzukommen. Dies würde nur Wirkung zeigen, wenn es ihm nicht gelingt, seine rechtsradikalen Bundesgenossen auf diesem Weg mitzunehmen. Momentan benutzt Netanjahu diese Koalitionsidee nur, um seine Partner zu erpressen, damit sie den kleinen Schritten, die er doch unternehmen muß – vor allem der Rückzug aus Hebron – zustimmen. Währenddessen steht diese unglückselige Arbeitspartei, die total unfähig und zerbrochen ist, als Fata Morgana da. Praktisch als Ausrede, um nichts zu tun.

FRAGE: Glauben Sie, daß Netanjahu nicht nur für einen Aufschub der Maßnahmen des Friedensprozesses, sondern für einen eklatanten Rückschlag sorgt, abzulesen an den Ereignissen Ende September und dem fortgesetzten Siedlungsbau?

AVNERY: Netanjahus Grundpolitik wird sein, Zeit zu gewinnen. Das ist die alte Politik der Likud-Partei. Der Likud war unter Jitzhak Schamir gezwungen, nach Madrid zu kommen, um dort Formeln der Zusammenarbeit zuzustimmen, die ihm total widerstreben. Nachdem Schamir die Wahlen verloren hatte, gab er zu, daß er vorhatte, die Verhandlungen 20 Jahre lang fortzuführen. Und wir können sicher sein, daß dies auch die Politik Netanjahus ist. Das heißt, hier und dort ein paar kleine Zugeständnisse nach endlosen Verhandlungen.... In dieser Hinsicht trifft auf Netanjahu die Bezeichnung „Pragmatiker“ zu, das heißt, er will seine rechtsradikale, extreme Politik auf einem pragmatischen Weg durchführen, was bedeutet, nie „nein“ zu sagen. Es ist nicht die Politik der eisernen Mauer, sondern die Politik des Sandsacks. Die Politik ist, Zeit zu gewinnen, alles zu verschieben, winzige Zugeständnisse propagandistisch auszu-schlachten – und ansonsten auf Ereignisse zu warten, die jede Friedensbewegung gegenstandslos machen.

FRAGE: Markiert diese Politik des Tatsachenschaffens, zum Beispiel durch die Errichtung neuer Siedlungen in den Gebieten, eine solche Absicht?

AVNERY: Das gehört natürlich dazu. Es ist eine Politik, die aus zwei Armen besteht: Der eine Arm ist defensiv und bedeutet, alles zu verschieben. Der andere Arm ist offensiv und heißt eine Fortführung des Krieges, denn die Vergrößerung von Siedlungen und die Neuschaffung von Siedlungen sind Kriegsakte gegen das palästinensische Volk. Damit ist die Hoffnung verbunden, durch massive Besiedlung in etwa acht, neun Jahren das Land so zu verändern, daß das palästinensische Streben nach

Eigenstaatlichkeit schon aus topographischen Gründen immer unmöglicher wird.

FRAGE: Der Teilabzug aus Hebron steht bevor. Wird er Anlaß zu neuem Blutvergießen bieten? Die jüdischen Siedler machen nicht den Anschein, als würden sie sich das so ohne weiteres gefallen lassen.

AVNERY: Das kann man mit Sicherheit annehmen. Denn, der unter der Regierung Rabin abgeschlossene Vertrag, der heute von der Likud-Partei mit einigen kosmetischen Änderungen übernommen wird, beruht auf einer absurden Grundlage: In Hebron haben wir 450 verrückte Juden unter 150 000 Arabern. Es sind die übelsten, fanatischsten religiösen Rechtsradikalen, die es in Israel überhaupt gibt. Wenn man im Lande einen Selektionsprozeß veranstaltet hätte, um die fanatischsten Juden herauszufinden, dann konzentrieren sich diese in Hebron. Im Grunde – und das bekommen wir ständig im Fernsehen vorgeführt – ist das eine verrückte Sekte. Leider hat Jitzhak Rabin nicht den Mut gehabt, sie hinauszuerwerfen. Auch nicht, nachdem Baruch Goldstein Dutzende von Moslems während des Gebets (1994 tötete der jüdische Siedler 29 Moslems in Hebron, indem er wahllos mit einem Maschinengewehr in die Moschee schoß; d. Verf.) erschossen hat und praktisch 90 Prozent aller Israelis mit einer Ausweisung dieser Leute einverstanden gewesen wären. Rabin hat das nicht gewagt, das war ein Akt der Feigheit, der sich schwer gerächt hat. Dann kam Schimon Peres an die Macht, und er war verpflichtet, den Teilabzug Israels aus Hebron bis Mai 1996 abzuschließen – auch er hat es nicht getan und statt dessen diese ganze Bescherung Netanjahu überlassen. Ich würde sagen, mit einer gewissen Schadenfreude.

Jetzt ist es undenkbar, daß dort Frieden sein kann zwischen den Arabern und diesen 450 Juden, die nur nach Hebron gekommen sind, um die Araber von dort zu vertreiben. Sie wollen ja nicht ewig in ihrem vom israelischen Militär bewachten Ghetto leben. Sie wollen, daß tausende und zehntausende und hunderttausende von Juden nach Hebron kommen. Es ist Ziel dieser Fanatiker, blutige Zwischenfälle zu provozieren, auf die die Palästinenser, – die sowieso schon unglaublich wütend sind – reagieren werden.

FRAGE: Wie würden Sie Rabin und seine letzte Rolle in der israelischen Politik heute, ein Jahr nach seiner Ermordung, skizzieren?

AVNERY: Er hat den Oslo-Vertrag auf den Weg gebracht, der zwar in seiner Präambel von einer Versöhnung der beiden Völker spricht, aber im Grunde haben auch Rabin und später Peres die Fundamente dieses Konfliktes nicht behandelt. Man hat ja alles verschoben. Ich würde sagen, Rabin, der im Grunde ein sehr ehrlicher und anständiger Mensch war, und immerhin im 70. Lebensjahr seine Weltanschauung total verändert hat, hat sich weiterentwickelt und in den zwei Jahren nach Oslo weitergedacht. Seine letzte Rede in der Knesset enthielt einen Satz, der nicht beachtet worden ist, aber für Leute, die Rabin kannten, ist das ein ganz ungewöhnlicher Satz: „Wir sind nicht in ein leeres Land gekommen!“ Das ist eine Ketzerei für einen Zionisten. Und wer weiß, wie er sich noch weiterentwickelt hätte. Es ist nicht dazu gekommen. Und in dieser Hinsicht hat der Mann, der ihn

umgebracht hat, aus seiner Sicht recht gehabt: Rabin war eine Gefahr für alle rechtsradikalen, ultra-zionistischen, ultra-religiösen Fanatiker im Land. Er hat weitergedacht, er hat an den Grundlagen der zionistischen Historiosophie gerüttelt.

FRAGE: Welcher Umgang mit der Geschichte der beiden Völker ist nötig, um die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen?

AVNERY: Am Ende, um wirklich zu einem Frieden zu kommen, wird eine neue Analyse der Ereignisse der letzten 100 Jahre in diesem Land nötig sein. Gott sei Dank haben wir heute eine neue Generation israelischer Historiker, die ein neues Bild der Grundlagen des Konfliktes schaffen. Ich habe vor rund 25 Jahren darüber ein Buch geschrieben und bin sehr froh, daß diese Herangehensweise heute mehr und mehr von Wissenschaftlern aufgenommen und untermauert wird.

FRAGE: Und in der Zwischenzeit muß man doch fürchten, daß es zunächst einmal zu gewalttätigen Eskalationen kommt. Muß sich der internationale Druck denn nicht viel stärker aufbauen, u.a. mit der Forderung nach Einhaltung der Verträge? Welche Rolle könnte Europa hier einnehmen?

AVNERY: Für die eine Hälfte der israelischen Bevölkerung, die in den Wahlen für den Frieden gestimmt hatte und jetzt an einer Attacke von Depression, Frustration und Verzweiflung leidet, ist es sehr bequem, sich einzubilden, internationaler Druck schaffe das, was sie nicht selbst zu schaffen bereit ist. Keiner kann uns diese Aufgabe abnehmen. Der Kampf muß in Israel selbst ausgetragen werden. Europa ist so gut wie machtlos und willenlos. Ganz besonders stimmt das für Deutschland: Wegen seines berechtigten schlechten Gewissens verhindert Deutschland jede wirkliche Initiative Europas für den Frieden im Nahen Osten. Die Franzosen wollen eine Einmischung, die Engländer wollen sie nur so halb und halb – und die Deutschen verhindern das. Es bleibt also nur Amerika. Man kann nach der erneuten Wiederwahl Bill Clintons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten erwarten, daß er in seiner zweiten Amtsperiode schärfer und zielgerichteter in Richtung jüdisch-arabische Einigung arbeiten wird... Die Amerikaner können uns helfen, aber sie können uns nicht die Aufgabe abnehmen, eine Friedenspolitik in Israel zustande zu bringen.

FRAGE: Wie groß ist die Gefahr, daß neue Terroranschläge das Land erneut lähmen?

AVNERY: Im Nahen Osten gilt der Grundsatz: Wenn kein Frieden ist, ist Krieg. Und was man Terrorismus nennt, ist kriegerische Auseinandersetzung. Keine Untergrundbewegung kann existieren, ohne größere Unterstützung aus dem Volk. Sie braucht Geld und Waffen. Ein Jahr nach Abschluß der Oslo-Verträge gab es so gut wie keine Terroranschläge. Wenn Oslo scheitert, wird die palästinensische Öffentlichkeit wieder mehr Sympathie für militante Aktionen haben. Hier gibt es, wie wir in den letzten Monaten erlebt haben, die Möglichkeit der Bus-Attentate oder den Kampf zwischen den beiden Streitkräften, wie er im September 1996 erfolgte.

FRAGE: Wie sehen Sie die derzeitige Lage in den Gebieten der palästinensischen Selbst-Regierung?

AVNERY: In den Gebieten wird die wirtschaftliche Lage durch Blockaden, die man Abriegelung nennt, bewußt verschlechtert. Nach beinahe 30jähriger Besetzung durch die Israelis werden die Palästinenser bewußt in die wirtschaftliche Katastrophe getrieben, um sie zur Aufgabe zu zwingen. Leider kooperieren die Europäer hier mit den Israelis, indem sie die versprochene Wirtschaftshilfe nicht einlösen. Ich wundere mich manchmal über viele europäische Politiker, deren Hauptinteresse am Nahen Osten ist, eine fundamentalistische Revolution zu verhindern, die die Erdöllieferungen gefährden würde. Alle arabischen Regime sind heute schon durch fundamentalistische Bewegungen bedroht. Trotzdem tut Europa nichts, um die palästinensische Selbstregierung zu stabilisieren, bzw. die Israelis dazu zu bewegen, die Blockade aufzuheben.

FRAGE: Glauben Sie an eine Lehre aus der Geschichte? Das heißt, daß Israel erkennt, daß es heute dabei ist, Elemente der eigenen historischen Erfahrung auf die Palästinenser zu übertragen?

AVNERY: Lektionen aus dem Holocaust können ganz verschiedener Art sein: Entweder leitet man aus ihm ab, daß ein Staat mit jüdischer Mehrheit humanistischer sein sollte als andere Völker. Für viele Israelis ist die Lektion aber genau das Gegenteil, nämlich, kurz gefaßt: Nach dem, was uns angetan wurde, ist uns alles erlaubt. Hinzu kommt, daß die Formel „Sicherheit“ zu einer Art National-Leidenschaft geworden ist. Mit diesem Schlagwort kann auch diese Regierung beinahe alles rechtfertigen, was sie an Repressalien an den Tag legt.

FRAGE: Welche Prognosen stellen Sie dem politischen und gesellschaftlichen Klima in Israel für die nächste Zeit? Wird sich die Gefährdung jedes einzelnen durch Gewalt in den verschiedenen Formen erhöhen? Wie sehen Sie ihre eigene Sicherheit, der Sie als exponierter Kritiker des Regierungskurses schon mehrfach Opfer von Anschlägen wurden?

AVNERY: Es werden neue Gefahren auf uns zukommen, an die wir früher nicht einmal gedacht hätten. Ich glaube, daß das, was Rabin passiert ist, nur der Anfang ist, weil auch die Radikalisierung der jüdischen Fanatiker zunehmen wird. Heute bemerke ich auf der Straße bei vielen jungen Leuten abgrundtiefen Haß, den wir früher nicht kannten. Vor drei Wochen nahm ich an einer Konferenz des Likud-Blocks teil und bin dort angegriffen und verprügelt worden. Bibi Netanjahu tat nichts. Die Tradition der Juden, daß man einander nichts antut, ist gebrochen. In dieser Beziehung sind wir ein ganz normales Volk geworden.

Am Rabin-Mahnmal

Vermutlich war er am 4. November 1996 einer der bestbewachten Orte des Landes. Die Stelle am Tel Aviver Rathaus, an der Premierminister Jitzhak Rabin genau ein Jahr zuvor erschossen wurde, war am 1. Jahrestag der

Ermordung brechend voll. Menschen aus aller Welt pilgerten zu der Stelle, an der wenige Tage zuvor ein Mahnmal eröffnet worden war: dicke, schwere Granitplatten, die von unten aufgebrochen werden. Symbol für das Durchbrechen der Mauer des Hasses. Hindurch scheint ein ewiges Licht. Ein Blumenmeer rundherum. Fotografierende Japaner, die sich vor dem Mahnmal hockend ablichten ließen, viele Tel Aviver, die im Vorbeihasten halt machten, viele, die gezielt dorthin kamen. An allen vier Ecken des Ortes schwarzgekleidete Menschen mit Fackeln in der Hand. Vor einem überdimensional gemalten Rabin-Kopf eine Gruppe Jugendliche, die so aussehen, als hätten sie die ganze Nacht dort verbracht. Die pulsierende Metropole hält eine Weile den Atem an. Den Mord an Rabin haben viele noch nicht verdaut.

Alltag '96 in Israel – ein Ausblick

„1996, das war eines der schwersten Jahre in unserem Leben“, war das bedrückende Fazit von Sumaya Farhat-Naser, einer palästinensischen Dozentin an der Birzeit-Universität in der Westbank und Autorin des Buches „Thymian und Steine“. Ich erlebte sie, die lange Jahre in Hamburg gelebt und studiert hatte, nach meiner Rückkehr nach Deutschland während einer Autorenlesung. Vieles von der Stimmung, die ich in Israel vorgefunden hatte, bestätigte sie aus der palästinensischen Sicht. Die Friedensfront sei „gelähmt und schockiert“, daran ändere auch der als „Durchbruch“ verkaufte Rückzug aus Hebron nichts, der im Dezember 1996 nach endlosen Gesprächen und der ständigen Vermittlung durch den amerikanischen Gesandten Dennis Ross endlich beschlossen wurde (nachdem dieser mehrfach mit seiner Abreise gedroht hatte, weil sich monatelang nichts bewegte). Dieser „Durchbruch“ sei eine Farce gewesen, meinte Farhat-Naser, weil er doch letztendlich längst ausgehandelte Teilaspekte zurücknahm und nach dem Gutdünken der jetzigen israelischen Regierung veränderte – zu Ungunsten der 100 000 Araber in der Stadt, mit maximalen Möglichkeiten für die 400 Siedler.

Ähnlich bleibt die Lage im Gaza-Streifen. Noch immer ist der wirtschaftlich nur allmählich auf eigene Beine kommende 12 Kilometer breite und rund 45 Kilometer lange Landstreifen vom täglichen Goodwill der Israelis abhängig. Wenn er „dicht“ gemacht wird, verlieren die Menschen, die in Israel arbeiten, ihre Jobs. Noch, auch eine Folge der jahrzehntelangen Besetzung, ist Gaza nicht imstande einen funktionierenden Arbeitsmarkt anzubieten. Auf 60 Prozent der Fläche des Gaza-Streifens leben eine Million Palästinenser. 3000 jüdische Siedler tummeln sich auf den restlichen 40 Prozent der Fläche, und sie werden dabei von 15 000 israelischen Soldaten „beschützt“. Alle drei Kilometer stehen Checkpoints, insgesamt mehr als 30, an denen sich arabische Menschen den oft entwürdigenden (manchmal gefährlichen) Kontrollen unterziehen müssen. Zwei Straßensysteme trennt die eine Gruppe von der anderen. Um die derzeitige Abrie-

gelung zu unterlaufen, lassen sich Studenten für 800 Dollar zur Birzeit-Uni in die Westbank schmuggeln, um ihr Studium fortsetzen zu können: Dabei werden sie von Gaza über Ägypten nach Jericho geschleust, durch die Wüste weiter nach Birzeit.

Im Flickenteppich-Modell der Westbank, die in verschiedene Zonen eingeteilt ist, ist die Lage für 70 Prozent der Menschen nicht viel besser. Sie leben de facto noch immer unter israelischer Besatzung. Spötter erzählten mir, in bezug auf das Oslo-Teilungsmodell in der Westbank werde oft von einem „Schweizer-Käse-Modell“ geredet, und fügten hinzu: „Wir haben die Löcher, die Israelis den Rest.“

In der Zone C der Westbank warten 140 israelische Siedlungen darauf, daß sie systematisch ausgebaut werden dürfen. Tröpfchenweise erteilt die israelische Regierung ihnen dafür die Erlaubnis. Sie erntet zwar regelmäßig einen Aufschrei der palästinensischen Bevölkerung, doch hindert sie das nicht, so fortzufahren. Von 120 000 auf eine halbe Million Bewohner sollen diese Siedlungen in den nächsten Jahren anwachsen. Niemand weiß, wie dies im praktischen Alltag aussehen soll, man kann sich im Prinzip langfristig in diesem Teil des Landes nur die Entstehung einer Apartheid-Gesellschaft vorstellen, sollten die beiden Völker in der Enge der Siedlungen zusammengezwungen werden.

Der Status Jerusalems aber scheint das größte und schwierigste der ungelösten Probleme. Ich erfuhr, daß ein Palästinenser, der sieben Jahre lang seinen Arbeitsplatz nicht in der Heiligen Stadt hatte, sein Recht auf Wohnen in Jerusalem verwirkt. Gleichgültig, ob er dort geboren ist und seine Verwandten dort leben oder nicht. Die sogenannte Autonomie (Uri Avnery korrigierte mich in unserem Gespräch, meinte, von Autonomie könne keine Rede sein, es handele sich lediglich um eine palästinensische Selbst-Regierung) empfinden viele Araber als Etikettenschwindel: Solange die absolute Souveränität über Luft, Boden und Wasser bei den Israelis liege, könne von wirklicher Gleichberechtigung keine Rede sein.

Es fällt mir schwer, die Argumente der anderen Seite als so schwerwiegend anzuerkennen wie die der palästinensischen Seite. Und selbst in Neve Shalom, wo ich, trotz aller Ecken und Kanten und internen Konflikte, von der Idee beeindruckt war, gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen, merkte ich bald folgendes: Es ist fast unmöglich, sich mit dem Land und seinen Menschen, vor allem aber seiner historischen und politischen Bedingungen zu beschäftigen, ohne irgendwann einmal eine Parteilichkeit bei sich selbst festzustellen. Insofern habe ich mich auch nicht über die Maßen bemüht, meine Sympathie für viele der palästinensischen Standpunkte zu verbergen. Gleichzeitig meine ich aber, die Bedenken der jüdischen Seite, die Sicherheitsinteressen, dürfen nicht von jenen einfach vom Tisch gefegt werden, die das Privileg haben, in sichereren Weltregionen zu leben.

Die Schärfe der Argumentationen hatte während meines Aufenthalts in Israel/Palästina sicherlich zugenommen – der angespannten Lage wegen. Dies brachte für mich den Vorteil mit sich, daß Menschen mitunter sehr

involviert, offenherzig und unverblümt ihre Meinung sagten. Eine gute Grundlage für mich selbst, mir die eigene zu bilden.

Nachwort

Die Stimmung im Land war angespannt. Als ich am 8. Oktober auf dem Ben Gurion-Flughafen landete, lagen die blutigen Auseinandersetzungen in Gaza, Ramallah und auf dem Jerusalemer Tempelberg keine zwei Wochen zurück. Mit einem leicht mulmigen Gefühl im Bauch hatte ich mich entschlossen, zu reisen und mir die Lage vor Ort selbst anzusehen. Und ich stellte fest: Wenngleich viele Touristen ihren Urlaub in Israel storniert hatten – sogar zu dieser Zeit wäre es möglich gewesen, das kleine Land zu bereisen, ohne allzuviel von der Anspannung mitzubekommen. Man hätte nur die Nachrichten ignorieren und die Gespräche mit den Einheimischen auf das Wetter beschränken müssen. Natürlich war das nicht mein Anliegen. Und so erlebte ich die knisternde Anspannung in den Omnibussen am 1. Jahrestag der Ermordung Rabins, die ständigen Fahrzeug- und Personenkontrollen. Die verschärften Sicherheitsvorkehrungen im November, nachdem der Inlandsgeheimdienst Shin Beit Informationen über Selbstmordattentäter erhielt, die sich angeblich bereits nach Israel eingeschleust hatten. Die Nervosität der Jerusalemer Moslems auf dem seit den Unruhen fast ständig geschlossenen Tempelberg. Ich erlebte, wie der Jerusalemer Busbahnhof binnen weniger Minuten evakuiert wurde, weil jemand eine Plastiktüte zurückgelassen hatte. Die Überraschung eines österreichischen Reisenden, der sein Leih-Fahrrad in Tiberias an einen Pfahl gekettet hatte und bei seiner Rückkehr vor alarmierten Polizisten stand, die kurz davor standen, ihm Handschellen anzulegen (ein herrenloses Fahrrad weckte natürlich den Argwohn, es könne eine Bombe bergen). Nicht zu vergessen, das dreiviertelstündige Verhör am Flughafen, nachdem man erfuhr, daß ich Gaza-Stadt besucht und dort Gespräche geführt hatte.

Es wurde eine turbulente und spannende Zeit und ich lernte nach ein, zwei Wochen mit den Kontrollen, der Omnipräsenz des Militärs und der latenten Bedrohung zu leben.

Es wurde eine Reise, die mir Einblicke in eine Welt gewährte, die auf engstem Raum große Widersprüche aufzeigt. Aber auch Einblicke in ein Land, das nebenbei ein sehr schönes, vielfältiges Fleckchen Erde ist. Ein Land, in dem ich auf liebenswerte und hilfsbereite Menschen mit zum Teil sehr interessanten Biografien traf, denen ich auch einen persönlichen Zugang zu Israel/Palästina verdanke. So wie ich auch von etlichen Menschen in Deutschland, und nicht zuletzt der Heinz-Kühn-Stiftung, freundlich unterstützt wurde.

Israel steht heute vor der alles entscheidenden Frage: Wird seine multi-kulturelle Gesellschaft die Herausforderung des jüdisch-arabischen Konfliktes unblutig lösen? Oder wird ihr Platz inmitten der Demokratien der Welt ins Wanken geraten? Für mich war es ein Abenteuer, gerade zu

Zeiten der akuten Bedrohung des Friedensprozesses in Israel eine Beobachterrolle übernehmen und einen Teil des Erlebten vermitteln zu können.